

Atom

Zeitung der Initiativen
gegen Atomenergie

DM 1,-

Nr. 16 Okt. 79

Express

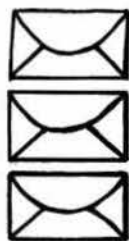
Herausgeber: Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie



**Die Blockaden
müssen
weitergehen!**

Collection Laka foundation

www.laka.org
Digitized 2016



Brief von Andreas und Eso aus dem Knast

Wir wollen euch kurz berichten, wie es hier in der JVA Lingen II jetzt aussieht. Ich (Eso) bin seit dem 27.8. hier. Ich hatte mich am 16.8. in Holland gestellt, war dann eine Woche in Kleve, von da aus bin ich dann über Hannover hierher gekommen.

Die Situation hier ist folgendermaßen: von außen sieht das Gefängnis (es ist ein Anstalt des sog. offenen Vollzuges) eher aus wie ein Erholungsheim. Aber der Anschein täuscht gewaltig. Die 300 Gefangenen sind in jeder Beziehung rechtlos und allen möglichen kleintlichen Schikanen unterworfen. Selbständig dürfen sie nichts tun.

Wir müssen morgens um 5 Uhr oder um 5.30 Uhr aufstehen, um 5.30 oder 6 Uhr ist auf den Fluren Zählung der Gefangenen durch einen Beamten, dann ist Frühstück. Da sind wir gezwungen, zusammen hinzugehen in einen Speisesaal (Kommando der Oberaufsicht über Lautsprecher: "Alles fertig-machen zum Frühstück", dann: "Alles heraustreten zum Frühstück!"). Wir holen uns den Fraß ab und Frühstück auf den Buden. Wir sind auf 4-Mann-Stuben untergebracht. Einzelstuben werden nur nach Dauer der Anwesenheit in Lingen II oder nach Gutdünken des Hausbeamten und des sog. Hausreinigers (Gefangener, der dafür da ist, die anderen anzutreiben und der als Wasserträger für die Beamten fungieren soll) verteilt.

Ab 6 Uhr werden die Arbeitskommandos über Lautsprecher ausgerufen. "Arbeitskommando Müller heraustreten!"

Ungefähr 15-20 Firmen haben Gefangene als Lohnsklaven eingesetzt. Für ca. 4,99 DM pro Tag, manchmal auch weniger, müssen die Gefangenen arbeiten, teilweise im Akkord. Als Anreiz geben manche Kapitalisten 1 oder 2 Packungen Tabak oder Kaffee, wenn die Gefangenen den Akkord schaffen. Oder einen Zehnmarkschein am Tag, wovon die Gefangenen dann Essen kaufen müssen. Die Unternehmen zahlen zwischen 40 und 60 Mark pro Tag und Gefangenen an die Anstalt, wovon die Gefangenen keinen Pfennig sehen. Weiter beuten die Unternehmen die Gefangenen deshalb so günstig aus, weil sie keinen Pfennig Sozialversicherung zahlen müssen, die Gefangenen sind über die Anstalt zwangsversichert. Von den 40-60 Mark spüren die Gefangenen weder was beim Essen (was fürchterlich ist) noch bei der ärztlichen Versorgung, die ein HNO-Arzt macht zweimal die Woche, der die Gefangenen eigentlich bloß arbeitsfähig schreibt. 12 Gefangene in einer halben Stunde "behandelt" dieser Arzt manchmal. Die Anstalt hat im letzten Jahr auf diese Weise einen Profit von ca. 1,5 Mio DM gemacht, Gelder, die für den weiteren Ausbau des Außenlagers Verbeßen z.B. glänzend verwandt werden können.

Aber weiter zum Tagesablauf:

Für die Gefangenen, die keine Außenarbeit oder gar keine Arbeit haben, gilt mittags dasselbe Kommando: "Zum Mittagessen heraustreten!" Den ganzen Tag über darf man sich auf das Bett legen. Abends, zwischen 16 und 18 Uhr, kehren die Außenarbeiter zurück. Abendbrot dann wieder gemeinsam. Bis 19.30 Uhr sind die Häuser und Flure

offen. Ins Gelände dürfen wir nicht gehen, das Liegen auf dem Rasen ist auch verboten.

Um 19.30 Uhr ist Einschluß und Zählung. Bis ca. 23 Uhr darf Licht sein und Fernsehen geguckt werden.

Die Unterdrückung der Gefangenen ist so geregelt: Auf jedem Flur gibt es einen Flursprecher, einen Fernsehwart und in jedem Haus diesen besagten Haussprecher. Diese Posten haben den Zweck, die eigene Initiative der Gefangenen abzuwürgen und der Anstaltsleitung und den Beamten alles zuzutragen, was passiert. Es geht freilich auch anders herum. Auf dem Flur von Andreas haben die Gefangenen ihn zum Flursprecher gewählt, weil sie einen Sprecher haben wollen, der ihre Interessen vertritt gegenüber der Anstaltsleitung. Auf dem Flur werden die Lohnzettel von zehn Mann untersucht und ausgewertet und sollen an den DGB geschickt werden. Von Gefangenen auf dem Flur ging auch eine Unterschriftensammlung mit den Forderungen nach Tariflohn und gewerkschaftlichen Rechten für die Gefangenen aus, die wir beilegen, und die bisher 13 Gefangene unterschrieben haben, was etwas heißen will.

Samstags ist sog. Stubendurchgang mit einem Oberaufseher. Alles soll so sauber sein, daß man vom Fußboden essen kann. Abgesehen davon, daß die Gefangenen eh ihre Buden sauberhalten - oft ist es so, daß die Oberaufseher eben ein paar Haare in der Suppe finden (daß z.B. ein Bett nicht ordentlich gebaut ist), um die Gefangenen zu schikanieren. Ich (Andreas) mußte dreimal die Duschen saubermachen (Kommentar eines Oberaufsehers: "In deutschen Anstalten hat Hygiene zu herrschen, wenn einmal eine Seuche ausbricht, dann liegt das nicht an der Anstalt, sondern an der Faulheit der Gefangenen."). Hält sich ein Gefangener in irgendeiner Angelegenheit nicht an die Anweisungen

und an die Hausordnung, wird er sofort bestraft. Er muß als erstes z.B. Tischdienst im Speisesaal machen. Kommt einer 5 Min. zu spät vom Ausgang zurück oder hat er einen kleinen getrunken, kommt er in die Arrestzellen, auch bei Arbeitsverweigerung. Kommen ein oder zwei so Dinge zusammen, wird der Gefangene nach Lingen I verlegt (Festbau). Damit wird hier ständig gedroht und auch mit dem Hinweis, daß so die 2/3-Bewährung gefährdet ist. Es gibt hier zweimal sog. Besuchsausgang samstags oder sonntags von 7-19 Uhr oder zweimal Stadtausgang für 4 Stunden. All diese sog. "Vollzugslockerungen" können bei der kleinsten "Verfehlung" widerrufen werden. Das wird einem stündlich vor Augen gehalten.

Soweit unser kurzer Bericht.

Wir meinen, man kann daraus sehen, welchen Charakter die Unterdrückung hier hat. Man kann auch sehen, daß man was dagegen machen kann und auch muß, denn allein in Niedersachsen sind 10000 Gefangene diesen Bedingungen oder ähnlichen unterworfen. Hier sitzen die meisten wegen kleinen "Delikten" wie Fahren ohne Führerschein, Diebstahl usw.

Sie sind wie wir von den bürgerlichen Gerichten ungerecht verurteilt worden - viele hatten nicht das Geld, sich einen Anwalt zu leisten oder in Berufung zu gehen. Wir sind in ihren Augen Gefangene wie sie auch und so ist es auch. Bloß, daß wir wegen Teilnahme an einer Demonstration verurteilt wurden, an der sich viele beteiligt hatten wie auch viele gegen Kernkraftwerke und das Energieprogramm sind. Deshalb werden wir unterstützt von draußen, wird öffentlich unsere sofortige Freilassung gefordert und wenden wir uns weiter öffentlich gegen den Bau von Kernkraftwerken. Eine solche Lage hat ein anderer Gefangener erstmal nicht, das ist schon klar - aber wir sind zusammen inhaftiert und können alle zusammen gegen denselben auch kämpfen, das haben wir gelernt.

Viele Grüße

Andreas und Eso

Adresse von Andreas und Eso:

Andreas Hanke
Helmut Oldefest
JVA Lingen II
Damaschkestr. 77
4450 LINGEN



Haftantritt von Andreas am 10. Juli 79



Einer fällt immer aus der Reihe
(Demonstration am 15.9. am Bohrplatz)

Impressum

Der Atom Express wird herausgegeben vom Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie. Der Atom Express erscheint alle 6-8 Wochen und kostet 1,50 DM.

Anschrift der Redaktionsgruppe:
Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie
Redaktion
Postfach 45
3400 Göttingen
Büro: Marienstr. 10, Tel.: 0551/7700158
Konto Nr.:
Kirsten Hellwig Sonderkonto,
PSchA Hannover, 311280-303

V.i.S.d.P.: Dieter Goertz, Christine Riese, Erich Schünemann, Ulrich Schwartmann, Bernd Weidmann, Reimar Paul

Mitarbeit an dieser Nummer:

Bernd, Bernhard, Bertold, Christine, Claudia, Dieter Dietbert, Erich, Karl-Josef, Kirsten, Outi, Ortrut, Ralf, Reimar, Sigrid, Ulri, Wilhelm und die Kulturgruppe.

Atom Express Abo:

kostet 10 DM für fünf Nummern incl. Porto; für BIs, Buchläden oder sonstige Verkaufsstellen ab 5 Exemplaren je 1 DM.



Taschenkalender 80

100 Seiten Kalendarium
180 Seiten Informationen

- Gorleben, WAA und Widerstand
 - Informationen zu Harrisburg
 - Alternative Energiequellen
 - Physikalische Grundlagen
 - Gesundheitliche Gefahren
 - viele wichtige Tabellen und
 - interessante Informationen
 - über 700 BI-Adressen
 - Liste von Filmen, Kulturgruppen etc.
- alles noch besser als letztes Jahr!

Einzelexemplar: 6,- DM + 0,50 DM Porto (Vorkasse!)
5-DM-Schein + 1,50 DM in Briefmarken, für Bürgerinitiativen und Buchläden ab 5 Ex. 4,- DM
Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie
Postfach 45 3400 Göttingen

INHALT

Brief von Andreas und Eso aus dem Knast	2
Kampf um Bohrloch 1003 Berichte von der Blockadewoche	4
Rede von Lilo Wolny aus Gorleben am 15.9.	8
Was vorher los war... Aktionen in den letzten Monaten in Gorleben	9
Gorleben - der Atomstaat ist da!	10
Interview mit einem Bohrmeister "Schon die erste Tiefbohrung ist Baubeginn der ersten Schachthanlage"	12
Bericht vom Trebeler Treffen am 6/7.10.	13
Zwischenlager/Kompaktlager: Der neueste Hit	14
Deutsche Risikostudie Wiederauferstehung des Rasmussen-Reports	16
Rund um Gorleben	18
SPD als Anti-Atompartei?	21
Kurzmeldungen	23

In eigener Sache - gibt es den Atom Express noch?



Diese Frage haben wir in letzter Zeit öfter gehört, da es schon sehr lange her ist, als der letzte Atom Express herauskam. Und jetzt muß der Leser noch feststellen, daß der Atom Express nur halb so dick ist wie sonst.

Was ist los?

Der Grund ist bestimmt nicht der, daß wir zu wenig Material hätten oder unsere Informationen nicht für wichtig genug hielten. Ganz im Gegenteil: unser Postfach quoll über, und jeden Tag fielen uns allen Sachen ein, die man unbedingt noch schreiben mußte. Aber lange Zeit tat sich nichts: Zu Redaktionssitzungen kamen nur wenige, und fertige Artikel hatte schon gar keiner. Erst viel zu spät vor der Bonn-Demo, deren Zeitpunkt wir als den nächsten Erscheinungstermin angesetzt hatten, rafften wir uns endgültig auf und stellten fest, daß wir nur noch eine halbe Nummer schaffen können.

Wenn man nach Gründen sucht, fallen mir als erstes terminliche Schwierigkeiten ein. Und es kam auch vieles zusammen: Sommerferien, d.h. viele waren im Urlaub; Tiefbohrungsbeginn in Gorleben; außerdem haben einige von der Redaktion noch den Anti-Atom-Kalender mitzusammengestellt (er wurde übrigens auch viel zu spät fer-

tig). Und natürlich zuletzt noch die gleichzeitig mit der Endphase des AE laufenden Bonn-Demo-Vorbereitungen.

Nur frage ich mich auch, ob wir nicht mit all diesen Sachen uns übernommen haben. Es passiert ganz leicht, daß einem alles zu wichtig vorkommt, daß man meint, noch viel mehr Flugblätter machen zu müssen, usw..

Außerdem haben wir in letzter Zeit im Göttinger Arbeitskreis auch Auseinandersetzungen gehabt, die unsere Arbeit teilweise gelähmt haben; wo wir sonst in wichtigsten Punkten einer Meinung wären, gab es jetzt destruktive Diskussionen:

- Liegen die Schwierigkeiten im AE vielleicht auch wieder daran, daß wir sogenannte Macker-Strukturen haben, wo nur einige wenige Bescheid wissen und sich trauen, politische Artikel zu schreiben,
- und daran, daß die politischen Diskussionen fast nur noch privat in kleineren Kreisen geführt werden und nicht mehr innerhalb der Redaktion? Es ist schwierig, Diskussionen zu führen, wenn nicht alle einigermaßen den gleichen Wissensstand haben und sich daran beteiligen können.

Während ich dies schreibe, sieht es doch so aus, daß wir wenigstens diese 24 Seiten fertig bekommen, allerdings mehr schlecht als recht und mit zu wenigen Leuten.

Vielleicht müssen wir mal wieder gründlich unsere Strukturen und Arbeitsweisen überdenken und die persönlichen Kontakte untereinander auch nicht vergessen, damit der AE Nr.17 innerlich und äußerlich besser und dicker wird.

KAMPF UM BOHRLOCH 1003

Wir haben lange überlegt und diskutiert, in welcher Form und in welchem Umfang wir über den Tiefbohrbeginn und die Aktionen im Landkreis berichten sollen. Die meisten AKW-Gegner werden durch die Berichterstattung im NDR, in der Elbe-Jeetz-Zeitung, in der Tageszeitung, im ID, im Arbeiterkampf oder durch Freunde, die dabei waren, inzwischen erfahren haben, was los gewesen ist. Andererseits haben wohl

die meisten Leute, die die Sitzblockaden und Straßensperren gemacht haben, sehr viel erlebt und empfunden, was über die eigentlichen Aktionen hinausgeht, so daß es uns wichtig erscheint, auch das zu vermitteln.

Im nachfolgenden Bericht versucht einer von uns zu schildern, wie er die Woche vom 10. bis 17. September in Gorleben miterlebt hat.

ten behelfsmäßige Schlafstellen ein; die Autos werden aus Gorleben und Gedelitz geholt und am Straßenrand geparkt, wieder andere bauen Gräben und Holzbarrikaden auf den Waldwegen.

Als es dunkel wird, gehen die meisten Einheimischen. Es ist schwül und diesig, eine bedrückende Atmosphäre. Zwei Spitzel werden entdeckt und vertrieben, auf der hundert Meter entfernten Straße fahren mehr und mehr Polizeiwagen auf und ab - ich kriege Angst. Angst, daß wir heute Nacht im Wald zusammengeprügelt werden.

Es ist wichtig, daß in den Städten angerufen und mobilisiert wird. Wir sind zu wenig. Ein Funkwarnsystem aufzubauen klappt nicht, weil Kabel vergessen wurden, weil man bei dem Wetter mit den Walkie-Talkies nicht weit genug kommt. Wir gehen in den Mercedes-Bus und reden; schlafen kann ich sowieso nicht. Dann kommt jemand und sagt, daß die Bullen da sind. Mannschaftswagen, Wasserwerfer, Räumfahrzeuge und ein Hundewagen sind auf den Parkplatz beim Trafo-Häuschen gefahren. Hunde! Ach du Scheiße - mir wird ganz flau vor Angst. Zunächst passiert aber nichts weiter.

in der Nacht

Um drei geht es dann los. Im Nebel zieht eine endlose Schlange von Polizeifahrzeugen vorbei, behelmte Hundertschaften trampeln auf der Straße. Die Leute in den Autos hupen, ein paar Wagen werden quer auf die Fahrbahn gefahren. Dann sammeln wir uns an der Bohrstelle, rauchen gleich drei, vier Zigaretten hintereinander. Die Stern-Leute erzählen, daß die Polizei um sechs Uhr räumen will; die Herren des Morgengrauens. Im Wald um uns rum bilden sie Ketten. Es ist der totale Psycho-Terror. Irgendwann kommen ein paar Einsatzleiter, die uns auffordern, die Autos von der Straße wegzufahren. Das passiert; allerdings werden die Wagen jetzt auf dem Zufahrtsweg quergestellt.

Die Anspannung löst sich, als es hell wird und die Bullen noch keine Anstalten zur Räumung machen. Zwei ältere Frauen bringen Suppe, Obst und Brote. Die Stimmung steigt.

Überhaupt habe ich noch nie ein derartiges Auf und Ab an Gefühlen gehabt, wie in dieser Woche. Empfindungen von Stärke und Solidarität haben schnell gewechselt mit Ohnmacht, Wut, Resignation und Angst. Es gab ungeheure Hochs und Tiefs, Euphorie und Frust.

erste Sitzblockaden

Kurz vorm Trafo-Häuschen hat die Polizei inzwischen die Straße gesperrt. Kein Fahrzeug kommt mehr durch. Dann taucht die Vermutung auf, daß am anderen Ende des Waldes mit dem Abholzen angefangen werden soll, daß wir erst mal unbehelligt bleiben. Als sich das durch das Auftauchen von LKW's und Holzfällertrupps an der anderen Seite der Sperre bestätigt, rennen wir alle ohne große Absprachen durch den Wald dahin und kommen gerade rechtzeitig, um die ersten Fahrzeuge durch Hinsetzen zu blockieren. Mehr Polizei marschiert auf. Wir werden aufgefordert, die Straße freizumachen. Zwei Wasserwerfer kommen heran. Die Einsatzleitung scheint durch unser Singen eine zeitlang verunsichert. Dann beginnen Greiftrupps einzelne Leute aus den Ketten herauszerren und ein paar Meter weiter ins Gras zu werfen. Aber alle setzen sich

weiter nächste Seite



Auf dem Weg nach Gorleben

Auf der Fahrt in den Landkreis am Sonntag Vormittag diskutieren wir - wie in den Wochen vorher - noch darüber, ob das Abholzen und die anderen bauvorbereitenden Maßnahmen wirklich am nächsten Tag losgehen oder nicht. Am Wochenende zuvor hatte es den entsprechenden Tip gegeben, hinter vorgehaltener Hand. Die TAZ hatte das aufgegriffen und zur (Fast-)Tatsache gemacht; die "Gorleben - Frauen" hatten zu einem friedlichen Picknick auf der Bohrstelle aufgerufen - was aber, wenn der Termin nur ein Täuschungsmanöver der Gegenseite ist?

Unsere Überlegungen gehen schnell zu Ende als wir in Gedelitz ankommen. Eine Menge Menschen auf der Straße, unter ihnen viele Einheimische. Wir informieren uns, was geplant ist. Von hier und von Gorleben aus sollen gleichzeitig die Leute losgehen, Richtung 1003. Was denn, wirklich nur ein Picknick oder eine Bohrplatzbesetzung? Nein, es ist ausdrücklich zu einem Picknick aufgerufen worden, was sich daraus entwickelt, wird man sehen.

Freunde aus Kiel kommen an, wir trinken Kaffee und erzählen. Andere diskutieren noch drinnen im Saal von Horst Wiese's Kneipe. Gegen drei Uhr sind dann alle auf der Straße; wir sind vielleicht vierhundert. Ein paar Autos fahren im Zug mit, ein Trecker und eine Menge Fahrräder. Am Trafohäuschen sehen wir die Gorlebener entgegenkommen. In den Seitenwegen stehen ein paar BGS - und Polizeibullis.

In der Nähe der geplanten Bohrstelle ist schon eine hydrogeologische Bohrung niedergebracht worden. Hier setzen sich alle hin, packen Kaffee und Kuchen aus, klönen in kleinen Gruppen. Ein Trecker bringt Strohballen und Plastikplanen vorbei. Stern - und NDR-Reporter kommen und berichten, daß irgendwelche Staatssekretäre ihnen am Telefon gesagt haben, daß es wirklich am nächsten Morgen losgeht.

Vorbereitungen

Das Plenum am Spätnachmittag verläuft ziemlich chaotisch. Zwar wird schnell klar, daß viele Leute hierbleiben wollen, aber auf ein gemeinsames Verhalten - auch der Polizei gegenüber - können wir uns nicht einigen. Einige fangen an, ein Freundschaftshaus zu bauen, andere rich-



wieder vor die Lastwagen. Bald verlagert sich das Geschehen von der Straße weg in den Wald hinein, wo die Holzfäller anfangen, Hand an erste Bäume zu legen. Manche Bullen greifen härter zu, treten, reißen an den Haaren. Dann der Kampf um die Bäume. Fast um jede einzelne Kiefer wird gerungen und gedrängt. Mehrfach können wir die BGS-Ketten weit zurückdrängen. Wenn wir doch nur mehr wären! Wann kommen die Leute aus der Städten, wann kommen Trecker? Ein paar von uns klettern in die bedrohten Bäume, fordern alle, auf, es nachzumachen. Wir schlagen Nägel in die Stämme, vielleicht werden die Sägen stumpf. Immer mehr Polizei, immer weiter müssen wir zurück, immer mehr Bäume fallen. Etwa zwanzig AKW-Gegner sitzen inzwischen in den Ästen! Ihnen passiert zunächst nichts. NDR und SFB interviewen Einheimische; ein SPD-Ratsherr gibt wegen der heutigen Ereignisse Mandatsniederlegung und Parteiaustritt bekannt. Laufend bringen Menschen Tee, Kaffee und Essen heran. Gegen Mittag werden die Sägearbeiten unterbrochen. Die Arbeiter haben sich geweigert, die mit Leuten drauf zu fällen. Trotzdem wird klar, daß wir für heute verloren haben. Der Wald wird fallen. Die Bullen gehen nun mehrere Gangarten härter vor. Die BGS-Ketten sind durch Bereitschaftspolizei und Greiftrupps verstärkt worden, Knüppel und Chemical Mace werden eingesetzt.

Polizisten fällen Bäume

Dann fällen Polizisten selber die besetzten Bäume, einen nach dem anderen. Es ist nicht faßbar! "Mörder, Mörder" - Sprechchöre, Geschrei, Pfeiffen, Wut. Viele weinen. Wie kann sowas ungestraft passieren? Gleich zu zehnt stürzen sie sich auf die mit den Kiefern herunterkrachenden Leute, packen sie und führen sie ab. Eins ist sicher: wenn auch nur einer von uns sich den Hals bricht, werden die Bullen mit den Sägen erschossen. Wir versuchen noch einmal, einen LKW zu blockieren, aber der Widerstandswille ist bei den meisten weg. Wenn wir tausend gewesen wären, hätten die nicht einen Baum gefällt.

Bäume vorm Kreishaus

Abends die Demonstration in Lüchow. Wir haben Fackeln mitgebracht, viele tragen Äste der umgelegten Bäume. Jörg Janning's Rede auf dem Marktplatz klingt sehr pathetisch, aber wie soll man erzählen, was war? Immerhin sind relativ viele Einwohner zur Kundgebung gekommen. Zum Schluß werden alle Zweige und Bäume vor die Kreishauseingänge gestellt, als Mahnung und Protest.

Plenum

Auf der Vollversammlung in Vietze schlagen wir für den nächsten Tag Blockaden in Gorleben und Gedelitz vor. Wir wollen versuchen, die Straße zum Bohrplatz solange wie möglich für die Baufahrzeuge dicht zu machen.

Ein Plenum hat es an jedem Abend gegeben, entweder in Vietze oder in Gedelitz. Wir haben hier die gelaufenen Aktionen besprochen und auszuwerten versucht, unser Vorgehen für den jeweils nächsten Tag geplant und über die Demonstration am 15. diskutiert.

Oft war das anstrengender als die Blockaden und die Aktionen selbst. Die Versammlungen dauerten über vier Stunden und die Auseinandersetzungen gerade im Hinblick auf die Wochenenddemo verliefen manchmal unsolidarisch und mit persönlichen Anmachereien. Für uns Göttinger kam immer noch jeweils dreiviertelstündige Fahrt von unserem in der Nähe von Dannenberg gemieteten Haus dazu. Unser Haus hat auf der anderen Seite natürlich den Vorteil gehabt, daß wir zusammenbleiben konnten und es Platz für viele Leute gab. Aus Göttingen waren denn auch fast die ganze Woche über 50 AKW-Gegner da.

Blockade in Gorleben und Gedelitz



Ab halb sechs am Dienstag Morgen ist die Straße zum Bohrplatz blockiert. Wir sind in Gorleben, kriegen aber über Funk und Melder auch alles mit, was an den anderen Sperrern in Gedelitz und Trebel läuft. Die eine Fahrbahnhälfte machen wir mit Stämmen und Steinen dicht, die vielleicht zwanzig Autos werden so geparkt, daß wir Berufsverkehr und Privatwagen nach kurzem Rangieren durchlassen können. Bald kreuzt die Film-Truppe vom BGS auf, die

alle Fahrzeuge und Leute von uns ausführlich fotografiert. Leider haben wir uns nichts wegen der Nummernschilder überlegt. Mannschaftswagen, Polizeibullies und Zivilstreifen kommen, gucken und fahren wieder. Es scheint, daß wir sie zunächst überrascht haben. Ein Schwertransporter bleibt unter Polizeischutz in einem halben Kilometer Entfernung stehen. Dann kommt aus Gedelitz die Nachricht, daß die Leute dort - es sind mehr als wir - einen Konvoi von sieben LKW's gestoppt und festgesetzt haben. Dieser Transport sollte eigentlich an der Landkreisgrenze auf Polizeischutz warten, ist aber - als es mit der Begleitung nicht klappte - auf eigene Faust in Richtung 1003 gefahren.

"Täter unbekannt..."

Die Gedelitzer handeln dann schnell, in dem sie sämtliche Lastwagen durch Luftablassen, durch das Kappen von Bremsleitungen sowie durch Sand- und Zuckereinfüllen in die Tanks fahruntüchtig machen und ihre Blockade abbrechen. Großer Jubel bei uns rund ums Radio als das Geschehen über Polizeifunk noch mal bestätigt wird: "In Gedelitz sind sieben Fahrzeuge von Störern beschädigt worden". "Sind die Täter bekannt?" "Nein. Als wir kamen, war niemand mehr da."

Polizei tickt aus

Ich weiß auch nicht, wie wir zu diesem Zeitpunkt noch auf die Idee kommen konnten, noch mal nach Gedelitz zu fahren und die Blockaden - wenn auch mit anderen Leuten - wieder aufzunehmen. Die meisten Gedelitzer, die inzwischen zu uns gekommen waren, raten davon ab; aber einige andere sind wohl von dem Erfolg so beirrauscht, daß sie noch mitten in der Diskussion, was wir weitermachen sollen, losfahren. Ober Funk hören wir, wie zur gleichen Zeit eine Polizeieinheit freie Hand zur Räumung der Sperrern bekommt, aber da ist schon alles zu spät. Kurz darauf kommt eins der Autos, das nach Gedelitz gefahren ist, zurückgerast; die Leute springen raus und schreien, daß die Bullen am Austicken und auf dem Weg hierher sind. Im Polizeifunk kündigt irgendein Einsatzleiter an, daß er jetzt in Gorleben "Leben in die Bude bringen" will. Bloß schnell weg hier, die ersten Autos von uns drehen schon und fahren zurück. Eigentlich wollten wir ja ein kleines Feuerchen auf der Straße machen, wenn es losginge, aber in der Panik klappt das nicht. Fast erwischt die aus Richtung Gedelitz heran jagende Polizei noch ein paar von uns, die keinen Platz in den Autos gekriegt haben und über die Felder abhauen müssen, um nicht verprügelt zu werden. Wir sammeln uns auf dem Parkplatz und auf einer Wiese vor der "Alten Burg". Erst langsam kommen die Leute an, die alles mitbekommen haben und genau erzählen können, was los war. Kurz vor Gedelitz ist ihnen die Polizei schon entgegengekommen. Die ersten haben versucht, zu wenden und abzuhaufen, was aber nur noch einem Auto geglückt ist. Die Bullen sind dann aus ihrem Wagen raus, haben versucht, unsere Wagen umzukippen (eins mit einem untergelegten Baumstamm), haben einen Reifen zerstochen, eine Scheibe eingetreten, auf Fenstern und Dächern wie verrückt mit ihren Knüppeln rumgetrommelt, haben die Leute rausgezerrt, verprügelt und in den Graben geworfen, haben dann Zündschlüssel und Zündkabel rausgerissen und weggeworfen. Anscheinend waren sie ungeheuer sauer über das Lahmlegen der LKW's und sind daraufhin regelrecht ausgeflippt und Amok gelaufen. Erinnerungen an Mallville kommen hoch, wo damals ganze Einheiten von CRS die Autos von Demonstran-

weiter nächste Seite

ten massenweise zertrümmerten. Die Polizeisprecher stellen den Vorfall später so dar, als hätten unsere Wagen eine neue Blockade auf der Straße zu machen versucht, woraufhin die Beamten die Personalien der Fahrer hätten kontrollieren wollen. Die Demonstranten hätten dann gespuckt, getreten und um sich geschlagen und sich geweigert, ihre Fahrzeuge wegzufahren. Deshalb hätten Polizisten die Autos vorsichtig zur Seite schieben müssen. Diese schweinische Version ist am nächsten Tag von einem großen Teil der Presse kommentarlos übernommen worden.

Es geht weiter

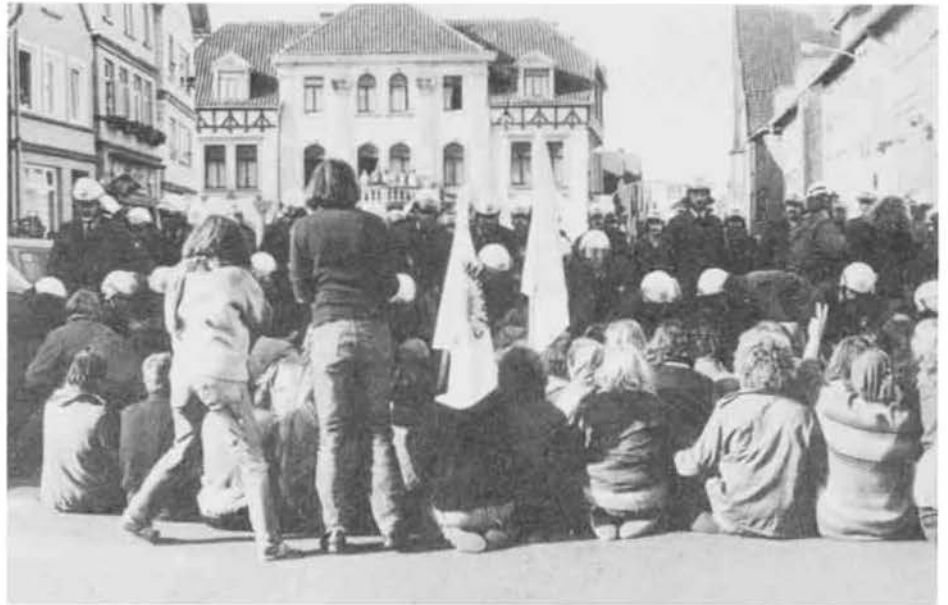
Durch Gorleben fahren inzwischen fast ununterbrochen Transporter und Mannschaftswagen. Keiner denkt mehr an Blockaden. Eine Zeitlang herrscht Leere und Hilflosigkeit, die Telefonzelle im Ort ist überlaufen. Ein Mercedes mit drei MEK-Leuten patrouilliert auf und ab. Bald ist aber klar, daß der Widerstand weitergehen muß, trotzdem und erst recht. Arbeitsgruppen werden gebildet, für die Demovorbereitung, für Öffentlichkeitsarbeit und fürs Plakate malen; Termin und Ort für das Plenum heute Abend werden abgesprochen. Hoffentlich kommen bald mehr Leute!!! Das Treffen am Abend in Vietze habe ich als das beste in Erinnerung, das in der Woche stattgefunden hat. Es gelingt schnell, uns auf Aktionen für Mittwoch zu einigen - auf Blockaden in Lüchow und Dannenberg. Wir hoffen, dort so viel Schutz durch die Öffentlichkeit zu haben, daß sich die Polizei einen Terror wie heute nicht erlauben kann. Die BI Lüchow-Dannenberg stellt sich ausdrücklich hinter den bisher geführten Widerstand; auch in Presseinterviews gibt es keine Differenzierungen. Überhaupt habe ich die Zusammenarbeit zwischen Auswärtigen und "der BI" gut gefunden. Es ist in der Woche zu vielen persönlichen Kontakten und Annäherungen untereinander gekommen. Einige Vorstandsmitglieder, die die BI Lüchow-Dannenberg bisher nach außen repräsentiert haben und deren Äußerungen - um es milde auszudrücken - oftmals Anlaß zur Kritik gaben, treten in diesen Tagen nicht in Erscheinung.

Die Vorbereitungsgruppe für die Demo faßt dann ihre Überlegungen zusammen. Die technischen Sachen sind schnell klar - Zeitpunkt, Abmarschplatz, Parkplätze, Demoroute usw. Die Gruppe schlägt mehrere möglichst spektakuläre Aktionen vor, an denen sich viele Leute beteiligen können und die teilweise Symbol-, teilweise direkten Verhinderungscharakter haben sollen. Zu einer Bauplatzbesetzung, bzw. -zerstörung soll nicht aufgerufen, die Möglichkeit dazu aber offengehalten werden. Da die Polizei ihre Kräfte um 1003 herum konzentrieren wird, bieten sich andere Bohrlöcher für Aktionen an.

In diesem Sinne verbleiben wir - soweit ich mich erinnere, ohne Abstimmung.

In Dannenberg wird ein LKW-Konvoi aufgehalten

Das Wetter scheint zum Glück wieder schön zu werden, obwohl es morgens um halb sechs noch lausig kalt ist. Wir sind knapp hundert in Dannenberg, die meisten kommen trotz Müdigkeit pünktlich. In der Nacht sind auf dem Matrizen-Gerät der BI noch ein paar hundert Flugblätter abgenudelt worden, die wir verteilen können. Wann kaufen die sich



endlich eine Druckmaschine? - Wir haben auch große Pappbuchstaben mit und ein paar Transparente; Wandzeitungen und Stelltafeln werden gemacht. Wir wollen die Transporte mitten im Stadtzentrum blockieren, einmal wegen der Öffentlichkeit und zum anderen, weil wir den übrigen Verkehr hier ganz gut umleiten können. Nur ganz wenige Autofahrer meckern, fast alle nehmen Flugblätter.

Um sieben kommt der Konvoi. Wir tragen Blumenkübel und Sitzbänke auf die Straße, Leute kommen aus den Häusern, viele hängen in den Fenstern. Eine Menge Schüler sind da. Einige von ihnen schwänzen den ganzen Tag andere kommen später mit der Klasse und Lehrer wieder. Ein paar blockieren mit uns die Fahrbahn. Ereignisse wie diese werden in der oft abstrakten Diskussion um den Widerstand der Bevölkerung und der Bauern viel zu wenig berücksichtigt! Es war in der Tat nicht so, daß die Einheimischen aus den Läden gestürzt wären, um sich zu uns zu setzen, und von den Landwirten ist bis auf den Samstag auch nichts an praktischer Unterstützung gekommen - aber zeigt das nicht, daß wir auch mal vom Fetisch Trecker als ausschließlichem Widerstandssymbol des Wendlandes wegkommen müssen? Ich fand das Interesse und das Dabeisein der Schüler jedenfalls unwahrscheinlich toll! Auch ihre Leserbriefe in der Elbe-Jeetzel-Zeitung, in denen ihre Empörung über das Vorgehen der Polizei zum Ausdruck kommt und in denen sie fragen, wo die 20.000 Unterzeichner gegen die WAA geblieben sind und die Hannover-Trecker.

Wenn wir mehr wären...

Die LKW's - seit gestern fahren sie nur noch unter starkem Polizeischutz - sind in einem halben Kilometer Entfernung stehen geblieben, sie versuchen lahmzulegen, hat angesichts der Bullen keinen Zweck. Bis die Verstärkung - Bereitschaftspolizei aus Hannover, die sich in diesen Tagen als ganz besonders brutale Schlägertruppe hervortut - da ist, vergehen noch einmal zwei Stunden. Dann geht es los. Sie nehmen in einer langen Kette vor uns Aufstellung, wir sitzen eingehakt und singen, ein paar schwenken Anti - AKW - Fahnen. Erste, zweite, dritte Aufforderung; sie kommen bis auf ein paar Meter heran, bleiben nochmal stehen. Wieder mal das Gefühl: Wenn wir 500 wären würden die uns nicht so abräumen. Die Bullen schleppen Bänke und Kübel zur Seite, zerren uns nacheinander heraus würgen am Hals, reißen an den Haaren, ver drehen Arme, stoßen - nicht alle, aber

vielen. Mindestens einer schlägt mit dem Knüppel. Die Hälfte von uns wird zu einer Seite des Marktplatzes geschleift, wo die Polizei sofort Ketten um uns herum bildet so daß wir nicht wegkönnen. Sofort danach brettet der Konvoi durch Dannenberg, mindestens zehn LKWs, zum Teil mit Nato-draht beladen, vorne und hinten mehrere Mannschaftswagen. Wir sollen jetzt einzeln aus dem Polizeigürtel rauskommen und beim Bulli der Einsatzleitung unsere Personalien abgeben. Was sollen wir tun? Durchbrechen, auf die Gefahr, daß einige nicht wegkommen und festgenommen werden? Nach einigem Hin und Her entscheiden wir uns, die Ausweise zu zeigen und die Daten festhalten zu lassen. Obwohl es beim Warten noch zu einigen guten Diskussionen mit Polizisten kommt, ist es eine sehr demütigende Situation. Die elende Ratte von Einsatzleiter spaziert mit Presseleuten auf und ab und gibt Interviews.



Diese Stimmung ist wohl auch ein Grund, daß die meisten Leute nicht mehr in der Lage sind, eine neue Blockade zu machen oder die Lüchower Blockade zu unterstützen. Die Luft ist für heute raus. Auch das Plenum abends lockt nicht mehr. Andere, die sich doch noch dahin aufgerafft haben, erzählen nachher, daß für den Donnerstag keine Blockaden beschlossen worden sind, aber daß sich eine Gruppe gebildet hat, die Aktionen für den darauffolgenden Tag vorbereiten will.

weiter nächste Seite

Entscheidung für eine gemeinsame Demonstration am Samstag

Am Donnerstag finden verschiedene kleinere Treffen statt, auf denen hauptsächlich über die Demo diskutiert wird und auf denen Entscheidungen fallen und auch Sachzwänge geschaffen werden, mit denen die Vollversammlung am Abend konfrontiert wird. Diese Entscheidungsprozesse sind hinterher von vielen zu Recht kritisiert worden.

Eine Zeitungsanzeige für die Wochenendausgabe der Elbe-Jeetzel-Zeitung muß bis, glaube ich, 14 Uhr abgegeben sein. Alle im Landkreis anwesenden AKW - Gegner können natürlich vorher nicht mehr über Inhalt und Wortlaut befragt werden; zudem haben Bauern und Landfrauen durchblicken lassen, daß für sie für sie eine Teilnahme nur bei ausdrücklich friedlichem Charakter in Frage kommt.

Beim Plenum abends wird auf die nun mal abgegebene Anzeige verwiesen; außerdem treffen sich zum gleichen Zeitpunkt die Bauern, denen noch mitgeteilt werden muß, daß eine Platzbesetzung auch von der Mehrheit der Auswärtigen abgelehnt wird. So entsteht eine Situation, in der - will man eine einheitliche Aktion - der Beschluß von Dienstag fallengelassen werden muß.

Daß die Entscheidung, am Samstag friedlich zu demonstrieren, politisch richtig gewesen sein mag, erscheint hier zweitrangig. Nicht richtig auf jeden Fall war, daß eine Entscheidung nicht von allen AKW - Gegnern, die den Widerstand gegen die Baumaßnahmen hauptsächlich getragen haben, gemeinsam herbeigeführt worden ist.

Wir lassen uns nicht noch einmal wegtragen

Eine Gruppe von Leuten hat sich Gedanken über weitere Blockaden gemacht und stellt im Anschluß an die unsolidarische und angespannte Demo-Diskussion ein ausführliches Konzept für den nächsten Tag vor. Zusätzlich zu Lüchow und Dannenberg sollen auch die Straßen in den Dörfern JameIn und Wustrow gesperrt werden, weil auch hier schon Transporte durchgekommen sind. Die einzelnen Gruppen sollen in ihrem Vorgehen autonom sein, untereinander aber durch ein Telefonsystem in ständiger Verbindung bleiben. Zudem sollen vorgezogene Autos und Motorräder, bzw. deren Fahrer, schon frühzeitig Bescheid geben, wenn sich Baumaterial dem Landkreis nähert.

Mal wieder wird Dannenberg zum Brennpunkt der Auseinandersetzungen. Über Funk und unsere Melder wissen wir, daß ein großer Konvoi aus Lüneburg unterwegs ist. Auch der Polizeihubschrauber konzentriert seine Flüge über dieser Gegend. Die Straße wollen wir dieses Mal erst dann dichtmachen, wenn die LKWs kommen; bis dahin laufen Öffentlichkeitsarbeit, Schildermalen, Gespräche. Ein Mann reicht 20 Mark aus dem Auto heraus; die Frau in der Bäckerei gibt uns Kuchen und Gebäck in doppeltem Wert dafür. Wieder sind eine Menge Schüler da.

Kurz vor Dannenberg biegt der Konvoi in Richtung Hitzacker ab und versucht, die Stadt nördlich zu umfahren. Zum Glück sind Leute von uns in der Nähe, die das mitkriegen. Innerhalb von wenigen Minuten sind wir alle am anderen Ende des Ortes, gerade rechtzeitig, um den Transport, der wieder auf die Hauptstraße einbiegen will zu stoppen. Ein Bißchen überlegt rufen wir in den anderen Orten an, daß alle sofort herkommen sollen, wir "hätten einen" - überlegt vor allem deshalb, weil wir uns schon morgens geeinigt hatten, uns nicht noch einmal wegtragen zu lassen, sondern nach der zweiten oder dritten Auf-

forderung selbst zu gehen. Viele waren hinterher zu Recht sauer - ob wir zu sechzig oder zu zweihundert weggehen, sei egal.



An der Kreuzung gibt es einen großen Auf- lauf; Menschen aus der Stadt, Presseleute - die zwei Sernfotografen sind schon die ganze Woche auf unserer Seite dabei - und immer mehr AKW-Gegner aus JameIn und Lüchow. Aus Richtung Gorleben kommen dann die Bullen. Die als Begleitschutz eingesetzten Polizisten lassen die LKWs nicht aus den Augen. Vielleicht ist es nicht richtig gewesen, mit so vielen Leuten die Blockade so schnell aufzugeben.

Das Ende ist jedenfalls frustig; als die Polizei ernsthafte Anstalten zur Räumung macht, stehen wir auf und lassen uns wieder in die Stadt drängen. Ruck-zuck ist der Materialtransport vorbei und auf dem Weg zum Bohrplatz.



In Wustrow versuchen andere Leute wenig später, leere Lastwagen, die von 1003 kommen, aufzuhalten. Wie sich später herausstellt, wird hier zum ersten Mal bewußt versucht, eine Sperre regelrecht zu durchbrechen. Die Fahrzeuge rasen auf die zure Seite springenden Leute so schnell zu, daß es noch im Ort zu einem Auffahrunfall kommt. Die Polizei spritzt aus dem Mannschaftswagen mit Chemical Mace, andere

Bullen springen raus und fangen sofort an zu knüppeln. Diese abermalige Eskalierung der Brutalität durch Polizei und BGS trägt mit dazu bei, daß es am Freitag zu keinen weiteren Blockaden kommt. Was können wir überhaupt noch machen?

Heiße Diskussionen

Bei einigen, glaube ich, haben Wut und Ohnmacht gegenüber diesen Terror den Willen verstärkt, am Wochenende - wo wir zum ersten Male viele sein werden - den Platz zu stürmen und das Baumaterial kaputtzuschlagen, wenn es irgend geht. Ich weiß selbst nicht was ich will, und wofür oder wogegen ich bin. Das Plenum in Vietze verläuft wieder einigermaßen katastrophal mit genau der gleichen Diskussionen und genau den gleichen Annäherungen wie gestern. Einige BIs haben in ihren Städten doch in Richtung auf eine - zumindest mögliche - Platzbesetzung, also gemäß des Dienstagbeschlusses, mobilisiert. Das führt zu Überreaktionen bei einigen einheimischen BItlern. Sie warnen, daß womöglich kein Mensch aus dem Landkreis kommt und drohen sogar mit der Absage der Demo. Es ist wirklich eine verzwickte Situation. Wir, die Auswärtigen, die wir nunmal nach wie vor sind, müssen Rücksicht nehmen und uns tatsächlich um ein Bündnis mit den Einheimischen, das sich vor allem auch in gemeinsamen Aktionen manifestiert, bemühen, weil klar ist, daß diese verdammte Anlage samt Atomprogramm und allem, was da dran hängt nur durch gemeinsamen Widerstand aller zu verhindern ist, auch wenn sich das noch so phrasenhaft anhört. Andererseits wollen und müssen wir eigene politische Positionen und Aktionsformen auch weiterhin vertreten und praktizieren können. Grundsätzlich in seinen Widerstandsvorstellungen beschneiden darf sich niemand; allerdings müssen wir alle bei gemeinsamen Aktionen auch einheitlich vorgehen.

Es ist natürlich nicht so gewesen, daß Einheimische und Auswärtige als jeweils geschlossene Gruppen aufgetreten wären; die Fronten verliefen vielmehr quer durch

die BIs. Aber die politische Kontroverse ist von den beiden hier beschriebenen Positionen aus geführt worden.

Demonstration 15.9.

Ob die Demonstration nun ein Erfolg war oder nicht, läßt sich schlecht beurteilen. Auf jeden Fall ist viel zu viel Wirbel um den gefällten Mast gemacht worden. Die ursprünglichen Planungen -

weiter nächste Seite

Marsch von Gedelitz zum Bäuplatz, Zwischenkundgebung auf der Straße, Rückweg quer durch den Wald zum Spielplatz, Abschlußreden - werden schnell über den Haufen geworfen. Nicht der ganze Platz ist, wie während der Woche, abgesperrt, sondern nur eine geteerte Fläche in der Mitte. Ein Zaun steht noch nicht, statt dessen sind tiefe Gräben ausgehoben.



Dahinter die Polizeiketten, im Inneren eine Wagenburg aus BGS-Bullis. Die über hundert Trecker werden auf der Straße abgestellt, alle strömen auf die Lichtung und verteilen sich auf zwei Seiten des abgesperrten Gebietes. Auch der Lautsprecherwagen kommt angefahren. Ein paar Leute aus der BI Lücho-Dannenberg haben eine Art Demoleitung gebildet, leider ohne das vorher mit allen besprochen zu haben.

Viele von uns drängen durch den Graben und auf das Innere des Geländes. Die Polizei weicht zunächst zurück. Die Kundgebung findet hier auf dem Platz statt, wird bekanntgegeben. Die ersten Reden der Betroffenen aus dem Landkreis: Horst Wiese, Oma Santelmann, Lilo Wollny. Am anderen Ende wird ein Lichtmast mit einem Seil umgelegt, es kommt zu Rangeleier und Schiebereien mit den Polizeiketten. Einige Landwirte befürchten zu diesem Zeitpunkt wohl Auseinandersetzungen; hektische Diskussionen am und im Lautsprecherwagen. Heinrich Pothmer, Bauer und aktiver AKW-Gegner, warnt vor Provokationen: "Sonst habt ihr nicht nur die Polizei, sondern auch die freiwillige Feuerwehr gegen euch, und das sind in der Hauptsache Bauern." Fast alle, auch Heinrich selbst, haben sich später über diesen Satz geärgert, erklären es mit der wirren Situation. Walter Moßmann singt das Gorleben-Lied, ein zweiter Mast will nicht fallen. Oberstürzt bricht die für die Demo Verantwortliche daraufhin die Kundgebung auf so hektische Weise ab, daß jeder denkt, gleich explodieren die Mollis. Viele bleiben zuerst noch, rangeln mit den Bullen herum oder gucken nur zu. Am Ende kommen aber alle in Gedelitz an, ohne daß noch was passiert ist. Die Demoleitung ist verschwunden; die meisten werten die Aktion zunächst als Reinfall, entweder weil zu wenig oder zuviel gelaufen ist.

Ich selbst habe mich sowohl über die vielen Trecker als auch über das Umfallen des Lichtmastes spontan gefreut. Mit ein bißchen mehr Nachdenken hätte ich natürlich darauf kommen müssen, daß das eigentlich nicht geht - sich über beides zu freuen. Schade.

* Rede von Lilo Wollny *

"Als wir vor einer Woche mit unseren Kindern und unserem Picknickkorb hier auf den Platz marschiert sind, stand da noch ein schöner grüner Wald. Und obgleich wir wußten, daß er nicht mehr lange stehen würde, fehlte es uns an Phantasie, uns vorzustellen, daß sich daran irgendetwas ändern könnte. Heute brauchen wir uns nur umzusehen, um es ganz genau zu wissen. Ich bin sehr froh, daß heute Bauern und auch Bürger sich zu uns gesellt haben, die wir am Montag vermißt haben. Wären sie dabei gewesen, dann hätten sie erlebt, wie hier nicht nur die Säge angesetzt wurde zum Kahlschlag an unseren Bäumen und unserer Heimat, sondern auch zum Kahlschlag an Menschenwürde und Demokratie.

Nicht wir wollen diesem Staat an die Wurzel, dieser Staat zerstört sich selbst, wenn er weiterhin die Interessen seiner Bürger einseitig für die Interessen des Kapitals verrät.

Wir bejahen die demokratische Ordnung, so wie sie im Grundgesetz versprochen ist. Aber wir können keine demokratische Ordnung in der Art erkennen, wie Polizei und BGS gegen uns vorgehen. Was ist denn bloß schon jetzt aus uns geworden? Da sitzen biedere Hausfrauen beisammen und beraten die Vorbereitung des Picknicks und darüber, wie sie sich verhalten, falls sie verhaftet werden sollten. Stellt euch das bitte mal richtig vor! Wir beraten allen Ernstes über unsere Verhaftung, mit der gleichen Selbstverständlichkeit, als wenn wir Kochrezepte austauschen. Wenn mir das jemand vor ein paar Jahren gesagt hätte, dann hätte ich ihn schallend ausgelacht.

mit der Hand ins Gesicht schlug; da mußte ich meinen Mann festhalten, damit er ihm nicht an den Kragen ging, weil hinter ihm zwei lachende Burschen mit ihren Spritzpistolen nur darauf warteten, daß er die Beherrschung verlore. In jedem anderen Fall wäre ich tödlich beleidigt gewesen, wenn er mich nicht verteidigt hätte. Es kostete ihn so viel Überwindung, daß ich ihn weinend zum Wagen bringen mußte.

Oberhaupt habe ich noch nie so viele Frauen und Männer weinen sehen, wie am Montag. Und dann fährt man auf dem Rückweg durch Dörfer, in denen die Leute auf der Terasse sitzen und Kaffee trinken, als sei hier überhaupt nichts los. Was ist nur los mit diesen Leuten? Ich weiß, es ist schwer, den Schritt heraus zu tun aus der heilen gemüthlichen Welt, aber die gibt es doch überhaupt nicht mehr! Die kann es für uns hier nicht mehr geben!

Früher als wir haben dies alles anscheinend unsere jungen Freunde erkannt. Sie wollen doch nicht mehr, als ein lebenswertes Leben. Ein Leben in Freiheit. Genau das gleiche, was wir wollen für unsere Kinder und Enkel.

Ich weiß, manche stoßen sich an ihrem Äußeren, aber wie anders sollen sie es denn zeigen, daß sie es ernst meinen mit Konsumverzicht und einfachem Leben. Ich bin seit Jahren ständig mit diesen 'Chaoten' zusammen. Glaubt mir, wenn ich euch sage, mir ist noch keiner begegnet, der scharf wäre auf eine Schlacht mit der Staatsgewalt. Sie haben genau soviel Angst wie wir. Nur, sie haben eine ganze lange Zukunft vor sich, die sie verteidigen wollen.



Oder am Montag, als ich versuchte, mit einer Stange Erfrischungen zu den Leuten in den Bäumen hinaufzureichen und mir so ein zwanzigjähriges Bürschchen mit den Worten: 'Ölle, scher dich nach Hause',

Ich bitte euch alle: Geht aufeinander zu und lernt euch besser kennen. Gemeinsam sind wir stark. Dann können wir sagen: Auch wenn die Bäume sterben, Gorleben wird leben."

was vorher los war ...

Schon in den Sommermonaten hat es im Landkreis Lüchow-Dannenberg eine Reihe von teilweise spektakulären Widerstandskaktionen gegen das Gorleben-Projekt gegeben, an denen sich erstmalig auswärtige AKW-Gegner in größerer Zahl beteiligten und bei denen sich auch ein zunehmend härteres Vorgehen der Polizei andeutete. Obwohl diese Ereignisse teilweise schon ein paar Monate zurückliegen, erscheint es uns sinnvoll, diese Eskalation der Auseinandersetzungen noch einmal zusammenzufassen.

Die Göttinger Blockade

Am 9. Juli blockierten knapp hundert Leute aus Göttingen und Braunschweig durch Autos und Hinsetzen für mehrere Stunden die Ausfahrt des Geländes der Celler Brunnenbau, von dem die Bohrfahrzeuge allmorgendlich in den Gorlebener Wald ausrückten. Wir hatten die Blockade durch viele Gespräche, Flugblätter und eine Zeitungsanzeige im Landkreis angekündigt; dennoch hatten wir es nicht geschafft, die Bedenken, die einheimische AKW-Gegner gegenüber der Aktion hatten, völlig auszuräumen. Praktische Unterstützung erhielten wir denn auch nur wenig. Allerdings hat unsere Blockade im Nachhinein sicher dazu beigetragen, das Eis zwischen Einheimischen und Auswärtigen aufzubrechen und so mit den Boden für die gemeinsamen Aktionen gegen die Tiefbohrungen zu bereiten.

Morgens um drei Uhr fahren wir von Trebel aus zum direkt am Lüchower Verlade-Bahnhof gelegenen Bohr-Depot und sperren mit etwa 30 Autos die beiden Ausfahrten des Geländes. Als es hell wird, zieht die Polizei ihre Zivilfahrzeuge, die uns schon den ganzen Morgen umkreist hatten, auf der anderen Seite der Schienen zusammen.

Eine Horde von Zivilen, vermutlich MEK, steigt aus, um alle von uns ausführlich zu filmen und zu fotografieren. Gegen acht Uhr kommen ausgerüstete BGS-Einheiten mit Panzer- und Räumfahrzeugen, die uns mehrfach auffordern, die Wagen wegzufahren.

Beim dritten Mal schieben wir unsere Autos zur Seite, setzen uns dann aber vor das Tor und fangen an zu singen.

Die Einsatzleitung scheint zunächst verunsichert; dann wird mit einem im Inneren des Geländes angeschlossenen Schlauch ein Wasserwerfer improvisiert, mit dem sie versuchen, uns wegzuspritzen. Es kommt zu einer dreiviertelstündigen Rangelei und Schieberei zwischen uns und den BGS-Ketten. Schließlich sind wir so weit zurückgedrängt, daß die Bohrfahrzeuge ausfahren können - um halb elf. Inzwischen laufen wegen dieser Aktion gegen vier Göttinger und einen Kölner Ermittlungsverfahren wegen einfacher, bzw. schwerer Nötigung.

DIE BEIDEN FOTOS SIND VON DER GÖTTINGER BLOCKADE



Die Fahrrad-Blockade

Am 6. August blockieren über 150 AKW-Gegner - Mitglieder der BI-Lüchow-Dannenberg und Leute aus dem Sommercamp - mit Fahrrädern das Depot der Celler Brunnenbau. Als die Fahrzeuge ausrollen, setzen sich die Radfahrer im Schrittempo vor dem Bohrtrupp, versuchen, das Tempo zu verschleppen und den Konvoi zum Stehen zu bringen. Die Polizei geht sehr hart vor; die Radfahrer werden gerempelt und von den Rädern gestoßen, mehrfach wird die chemische Keule eingesetzt - zum ersten Mal im Landkreis Lüchow-Dannenberg. In Kolborn wänden die Bohrfahrzeuge plötzlich und entkommen durch Polizeiketten gesichert auf Umwegen. Während der Aktion wird der VW-Bus von zwei schwangeren Frauen von etwa 30 Polizisten angegriffen; einer sprüht durch das Fenster mit Chemical Mace ins Wageninnere. Die Frauen müssen sofort zum Arzt. Beide haben inzwischen Anzeige gegen die Polizei erstattet.

Prügelei am Trafohäuschen

In einer Pause des Trebeler BI-Treffens vom 25.8. beschließen ungefähr 80 AKW-Gegner, sich die beiden hydro-geologischen Bohrstellen in der Nähe von 1003 anzusehen. Die PKW's werden am Trafo-Häuschen auf der anderen Straßenseite abgestellt und die Verschlüsse der zunächst unbewachten Bohrlöcher aufgebrochen. Es gelingt, beide zu zerstören. Als zwei BGS-Bullis auftauchen, ziehen sich die Leute auf die Staße zurück, um wegzufahren. Die BGS'ler, die laufend Verstärkung kriegen, versuchen, einzelne herauszugreifen. Es kommt zu Schlagstock- und Chemical-Mace-Einsätzen. Obwohl sich die AKW-Gegner in Richtung Gedelitz zurückziehen, setzen die Bullen immer wieder nach. Am Ende des Parkplatzes taucht ein Bauer auf einem Trecker mit zwei Erntehelferinnen auf, die Zeugen des brutalen



GORLEBEN-

BGS-Vorgehens und zweier Festnahmen werden. Karl-Heinz Schulz, eben dieser Landwirt, wird zum Weiterfahren aufgefordert, kommt aber nur ein paar Schritt weit, weil sich ihm mehrere BGS - Beamte in den Weg stellen, die ihn beschuldigen, einen von ihnen angefahren zu haben und ihn auffordern, vom Trecker zu steigen. Als Schulz den Einsatzleiter nach einer Begründung fragt, lassen die BGSler zunächst von ihm ab, um erneut die Demonstranten anzugreifen und zu verprügeln. Nach diesem Einsatz kommen sie zum Trecker zurück und zerren Schulz und die beiden Frauen herunter, drehen ihnen die Arme auf den Rücken und schleppen sie in einen Wagen. Zusammen mit den beiden anderen Verhafteten werden sie zum Polizeihauptquartier nach Woltersdorf gebracht und dort sechs Stunden lang verhört und erkennungsdienstlich behandelt. Einem Anwalt wird über eine Stunde lang der Einlass verwehrt. Die übrigen AKW-Gegner fahren ebenfalls nach Woltersdorf und fordern vor dem Tor die Freilassung der Verhafteten.

Aktionen gegen Bohrlöcher

In diesem Sommer ist eine Vielzahl von weiteren Bohrlöchern zerstört worden. Obwohl die Flach- und hydro-geologischen Bohrstellen mit immer massiverem Material gesichert wurden, gelang es AKW - Gegnern häufig, die Verschlüsse kaputt zu machen und die Löcher mit Metallteilen Holz, Sand und ähnlichem zu verstopfen. Andere Bohrungen wurden regelrecht zubetoniert. Wir haben zu diesen Aktionen eine Reihe von Erklärungen mit der Bitte um Abdruck zugeschickt bekommen, was wir aus Platzgründen leider nicht machen können. Während der Bohrlochverstopfungen sind ein paar Mal Leute verhaftet worden. Wir halten diese Sabotageaktionen gegen die Bohrungen nach wie vor für ein wirksames Widerstandsmittel. Das Bohrprogramm und damit der Bau der WAA kann damit effektiv behindert werden. Daß inzwischen viele AKW Gegner diese Einschätzung vertreten, zeigt sich auch daran, daß kaum ein paar Tage vergehen, in dem man nicht Polizei und Bohrfirmen über zerstörte Bohrlöcher jammern hört.



Die Tiefbohrstelle 1003 gleicht inzwischen einer mittelalterlichen Festung. Sie ist von einer 4 m hohen massiven Betonwand umgeben. Die zwischen Stahlträgern eingelassenen Betonteile haben kleine, schießschartenähnliche Fenster. An jeder Mauerseite befindet sich eine Stahltür, die von außen nur über eine Leiter zu erreichen ist, sowie je 3 etwa 10 m hohe Wach- und Beleuchtungstürme. Rings um die Festung zieht sich ein 2 m tiefer und 3 m breiter mit Stacheldrahtrollen ausgelegter Graben hin. Vor diesem Graben liegen erneut Stacheldrahtrollen. Diese Burg liegt inmitten des 40 000 m² großen Geländes, das zur Sicherung der Baustelle abgeholzt und mit einem Jägerzaun abgesperrt wurde. Wachposten sollen dafür sorgen, daß kein Atomgegner näher als 50 m an die Festung heran kommt. Am Haupteingang wimmelt es ständig von Bullen. Von ihnen wird jeder "Besucher" - notfalls mit Teleobjektiv - fotografiert. Die Wald- und Wanderwege in unmittelbarer Nähe der Bohrstelle dürfen nur noch von den Grünrücken betreten werden - sie führen auf die 3 - 4 im Wald versteckten Bullenlager. Während die Bohrfestung mit rasanter Geschwindigkeit aufgebaut wird, stellte der Oberkreisdirektor von Lüchow-Dannenberg, Poggendorf, sein Gespür für "Naturschutz" unter Beweis: er ordnete die sofortige Beseitigung der im "Gartower Forst" errichteten illegalen Bauten an, da "diese Bauten nicht nur baugenehmigungspflichtig sondern ihre Errichtung im Waldgebiet auch unzulässig" sei ("EJZ", 19.9.). Beseitigt werden soll hier die kleine Blockhütte eines ökologisch orientierten Einsiedlers, sowie eine kleine Erdhöhle in der Nähe des BI-Spielplatzes.

Der Ausnahmezustand

Inzwischen sind eine Reihe von Sonderverordnungen bekanntgeworden, die nur für den Landkreis Lüchow-Dannenberg gelten und dort einen "Ausnahmezustand" schaffen - Am 16.8.79 wurde es zur "Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in der Samtgemeinde Lüchow" für unzulässig erklärt, Plakate "im Sichtbe-

reich von Straßen" zu befestigen. Erste Opfer dieser Sonderverordnung waren die Bewohner von Güstritz. Ihnen wurde ein Bußgeld von 5000 DM angedroht, falls sie nicht ihre Plakate ("Got uns von Acker, jü Strahlenkacker", "Lieber nach Ziegenbock stinken, als lebenslang mit Krebs rumhinken" u.ä.) von den Scheunen nehmen.

- Seit zwei Monaten schickt die Lüchower Post alle Briefe, Postkarten etc. mit Anti-Atom-Parolen oder -Aufklebern an die Absender zurück. Da im Absenderstempel der Platzgruppe der BI die Worte "Gorleben soll leben" enthalten sind, stapelt sich inzwischen die nicht "beförderungswürdige" Post im BI-Büro.

- Per Presseverlautbarung gewährt die Bezirksregierung Lüneburg den "im Kreis Lüchow-Dannenberg eingesetzten BGS-Beamten" unter Berufung auf das niedersächsische Gesetz über Öffentlichkeit und Ordnung sämtliche Polizeibefugnisse ("EJZ", 22.9.).

Wo die allgemeine Polizeipräsenz als Mittel der Einschüchterung nicht ausreicht, greift der Atomstaat zu differenzierteren Methoden, besonders im Schußfeld sind Leserbriefe und Anzeigen der "Elbe-Jeetzel-Zeitung", die bisher der Diskussion im Landkreis dienten.

- Bereits seit Mitte 78 registriert die politische Polizei in Lüneburg jeden atomkritischen Leserbriefautor der "Elbe-Jeetzel-Zeitung". Inzwischen drohte Bezirksregierungssprecher Neumann sogar "strafrechtliche Schritte" gegen Leserbriefautoren an, die sich gegen die Polizeibrutalität wandten.

- Ärzten, die gegen Gorleben Stellung bezogen haben, wurde mit der Streichung einer ursprünglich zugesagten neuen Station gedroht.

- Schüler erhielten Verwarnungen, weil sie Zuschauer einer Dannenberger Blockade waren.

- Lehrer, die sich kritisch äußerten, werden mit Berufsverbot bedroht bzw. zur Zurückhaltung verpflichtet.

Faschistische Hetze

Seit Beginn der Tiefbohrungen haben sich die Fronten im Landkreis scharf polarisiert.



der Atomstaat ist da !

Nach dem Scheitern des "Bürgerdialogs" haben sich einige absolute Atomfans und besonders Verhetzte auf eine "Bürgerkriegs"propaganda gegen "Gesetzesbrecher" und auswärtige Atomgegner umgestellt.

Ein Sechszehnjähriger wurde vorgeschickt, der den BGS dazu aufforderte, dem "Gammelvölk eine anständige Tracht Prügel zu verpassen", was bisher leider nur in Einzelfällen vorgekommen sei. Weiter heißt es in diesem Leserbrief: "Es ist doch sowieso schon eine Schande, daß unser Kreis von herumlungenden Demonstranten bevölkert wird. Den größten Teil bilden ja die von auswärts kommenden Studenten, welche von ihrem Herrn Papa Geld bekommen, da dieser im guten Glauben lebt, daß sein Sohn artig studiert. Diese Atomgegner denken doch garnicht im Traum daran, zu arbeiten, sondern tobensich hier, in unserem Kreis, an Lastwagenkonvois oder an den Polizeitruppen aus. Gebe es lauter solche Menschen in unserem Volk würde es nicht lange existieren können, oder es gebe so einen Zustand, wie in Indien herrscht, wo sowieso nicht viele an Arbeit denken". Gegen das Aushängen von Plakaten an Häuserwänden helfe nur "ein hohes Strafmaß, sonst kriegen wir Zustände wie in Italien" ("EJZ", 15.9.79).

Andere vermutlich organisierte Zugschriften loben den "Mut" dieses Schülers der ausspreche, "was die meisten vernünftigen Leute in unserem Kreisgebiet denken". Ein von dreizehn Personen unterschriebener Leserbrief endet mit dem Aufruf: "Ordentliche Kreisbürger, wehret den Anfängen". Es ist ein offenes Geheimnis, daß dieser Schüler inzwischen auch vom Lüchower Bürgermeister, von Lehrern seiner Schule etc. gelobt wurde. Mit von der Partie ist selbstverständlich die "Pro"-BI. In einer Anzeige fordert sie alle Verantwortlichen auf: "Lassen Sie sich nicht von hippiehaften Aktionen beeindrucken. Nutzen Sie Pflichten und Rechte, diese Gesellschaft vor gewalttätigen Übergriffen lärmender Minderheiten zu schützen. Wer schützt uns vor Umweltweltschüzern?" ("EJZ", 19.9.). Der Chef dieser sauberen BI, Udo Wotzka, ist Werkschutzbulle bei der Celler Brunnenbau, die wiederum mit der Durchführung der Flachbohrungen beauftragt wurde. Er ist bereits

tätlich gegen Blockadeteilnehmer vorgegangen ("EJZ", 21.9.).

Auch die Leitartikel des von Atomfans herausgegebenen Anzeigenblattes "Gartower Höhen-Rundschau" kotzen sich gegen die "Rüpel", "Flegel" und "Störenfriede" aus. Sie fordern ein Verbot der Sommercamps.

Die größten Unverschämtheiten leistete sich Gert Neumann, der Sprecher der Presseaußenstelle der Bezirksregierung Lüneburg. Ihm zufolge sprühen sich Demonstranten das Chemical Mace selbst ins Gesicht, um die Bullen schlecht machen zu können: "Die Polizei weiß, daß es zur Taktik kommunistisch orientierter Gruppierungen gehört, sie als ein unmenschlich agierendes Machtinstrument der herrschenden Klasse zu verleumdern. Wie aber geht das anschaulicher, als zugleich die Opfer zu präsentieren?" ("EJZ", 19.9.).

In die gleiche Kerbe haut das in sämtlichen Kneipen des Landkreises verbreitet Gericht, jeder Demonstrant erhalte ein Tagegeld von 40 .-, das bei Konfrontation mit der Polizei, Festnahme etc. auf 60.- erhöht werde!

In dem Ort Pannecke bei Trebel wurden bereits erste Überlegungen laut, "eine Bürgerwehr" gegen die "Störenfriede" aufzubauen, bekanntere BI-Mitglieder werden per Telefon anonym beschimpft. In der Nacht zum 15.9. wurde die Scheibe des BI-Büros mit einem großen Stein zertrümmert.

BI unter Distanzierungsdruck

Die BI bekennt sich trotz der Hetze weiterhin eindeutig zur Zusammenarbeit mit auswärtigen AKW-Gegnern und lehnt nach wie vor die Distanzierung von Widerstandsaktionen ab.

Nachhaltig gestärkt wurde das Bündnis von auswärtigen und einheimischen AKW-Gegnern durch die Demonstration und "Lichtmast-Aktion" vom 15.9.

Um dieses Bündnis zu untergraben, bauschte die reaktionäre Presse einen im Grunde untergeordneten Konflikt auf, der sich an einer Aktion und einer distanzierenden Stellungnahme eines Landwirtes entzündet hatte. So erfindet die "Welt" unter der Überschrift "Fast hilflos stehen die

Bauern der Gewalt gegenüber" eine Prügelei zwischen friedlichen Demonstranten und "Chaoten", letztere siegen. Im Kommentar der "Hannoverschen Allgemeinen" hieß es: "Später bedankte sich der Sprecher der Polizei bei der Lüchow-Dannenberg Bürgerinitiative für den Versuch, die Demonstranten in friedfertigen Bahnen zu halten. Der Sprecher wies jedoch darauf hin, daß es den Veranstaltern nicht gelungen sei, gewalttätige Aktionen auswärtiger KKW-Gegner zu unterbinden. Nach Auffassung der Polizei ist es angebracht, daß die BI einen deutlichen Trennungsstrich zu radikalen Gruppen zieht." ("HAZ", 17.9.).

Albrecht in Lüchow

60. Niedersachsen-Tag in Lüchow. Höhepunkt ist die Überreichung der "Roten Mappe" des Niedersächsischen Heimatbundes an Albrecht am Vormittag des 6. Oktober. Nur schriftlich geladene Größen aus Verwaltung, Parteien und Wirtschaft haben Zutritt zum Gilde-Haus; ein riesiges Polizeiaufgebot hindert die 500 Demonstranten, auch dabeizusein. Albrechts ursprüngliche Planungen - Mittagessen im Lüchower Ratskeller, Einweihen des neuen CDU-Büros - zerschlagen sich, als er merkt, daß er das Gildehaus-Gelände nicht ohne Probleme wird verlassen können. Unser Singen, Schreien und Pfeifen muß ihn so beeindruckt haben, daß er es vorzieht, wieder in den Hubschrauber zu steigen und abzufliegen. Das war alles.

In einer Stellungnahme der SPD-Kreistagsfraktion wird einerseits den Besatzungstruppen "Dank und Anerkennung" gezollt. Andererseits heißt es dort: "Mit großer Sorge hat die Kreistagsfraktion der SPD leider zur Kenntnis nehmen müssen, daß Vertreter der Bürgerinitiative Umweltschutz sich nicht eindeutig von Gewaltanwendung distanzieren und bereit sind, für ihre Maßnahmen zur Behinderung der Tiefbohrungen bestraft zu werden. Solange die Bürgerinitiative nicht auf illegale Handlungen verzichtet und sich nicht eindeutig von ihnen lossagt, gibt es für uns kein Verständnis für sie (...). Wir fordern den Vorstand der Bürgerinitiative auf, sich umgehend zu den Vorfällen klar zu äußern und in Zukunft auf jede Art von Kriminalität, Demagogie und Verunglimpfung (!) zu verzichten." ("EJZ", 20.9.).

Der Innen-Ausschuß des Landtages würde es ebenfalls begrüßen, "wenn sich friedliche Demonstrationsgruppen und Bürgerinitiativen deutlich von gewaltkräftigen Kräften abgrenzen würden". ("EJZ", 22.9.) und CDU-MdL Grill fragte die BI und die Grünen, "ob sie sich mit der Gewalt, die sich in Gorleben abzeichne, identifizieren". ("EJZ", 17.9.). Auch die Kirche bat die BI wiederholt, Gewalt zu vermeiden, ähnlich äußern sich konservative AKW-Gegner aus dem Landkreis in Leserbriefen. Es ist der BI hoch anzurechnen, daß sie sich dem massiven Druck dieser Kräfte bisher nicht gebeugt hat.

Die Umstellung von einer im Landkreis als "seriös" anerkannten Bürgerinitiative, für die die SPD "Verständnis" aufbringt, zur "kriminellen" BI läuft nicht ohne interne Widersprüche und mühsamer Überzeugungsarbeit durch die linken Kräfte innerhalb der BI ab.

Matthias aus Lüneburg



Interview mit einem Bohrmeister:

**"Schon die erste Tiefbohrung ist Baubeginn
der ersten Schachtanlage"**

Das folgende Interview haben Leute von "Gorleben-aktuell" während der Bochumer Bundeskonferenz gemacht. "Gorleben-aktuell" erscheint ca. alle 6 Wochen und kann bei Marlon Hintz, Kirchweg 6, 3119 Eitzen 1, bestellt werden. Die Zeitung bringt in jeder Ausgabe ausführliche Berichte rund um Gorleben.

Gorleben Aktuell: Könntest du dich kurz mal selbst vorstellen?

Peter Thugo: Ich bin der Peter aus Westberlin, ich bin Atomkraftgegner. Ich hab eine Bohrmeisterprüfung gemacht und anschließend 10 Jahre nach Erdöl gebohrt und bin eigentlich ziemlich kompetent über Tiefbohrungen was zu sagen, aber auch über das Flachbohrprogramm, über die Erkundung von Salzstöcken.

G.A.: Was läuft im Detail bei den Tiefbohrungen ab, welche Beeinträchtigungen sind für den Landkreis Lüchow-Dannenberg zu erwarten?

P.T.: Also, so eine Tiefbohranlage ist auf jeden Fall immer, egal was für Erkundungen gemacht werden, eine ziemlich hohe Beeinträchtigung für den Umweltschutzbereich, weil Tiefbohrgeräte sehr schwer sind, also bis zu 60 Tonnen im Gesamtgewicht. Es müssen spezielle Straßen gebaut werden - es reichen keine Feld- oder Ackerwege, auch keine geteerten aus, sondern es muß ein Unterbau gebaut werden, und dann ist eine sehr große Umweltverschmutzung gegeben durch den Bohrschlamm und durch die Bohrspülung. Hierbei handelt es sich täglich um viele Kubikmeter, je nach Tiefe, wenn man z.B. im Salzstock 2000 m tief bohrt, dann fallen so täglich 20 Kubikmeter Schlamm an, der weder verbrennbar, noch sonstwas ist, der sehr hoch mit Chemikalien wie Ätznatron usw. zersetzt ist, und das Zeug muß in irgendwelchen Kieskuhlen wieder abgefahren werden und wird im Endeffekt immer das Grundwasser mit verseuchen. - Zum andern sieht es so aus, daß so eine Tiefbohranlage eine sehr starke Lärmbelastung bedeutet. Wenn man sich vorstellt, daß so eine Bohranlage mit vielen Tausend PS ausgerüstet ist... es sind da entweder einige sehr große Dieselmotoren drauf oder viele kleine in Serie geschaltet, die in jedem Fall viel Krach machen und die ein ständiges An- und Abfahrgeräusch haben, beim Bohrmeißel ziehen oder wie auch immer. Neben der Lärmbelastung ist natürlich auch unheimlich Gestank, denn es werden bei einer Tiefbohranlage so täglich ca. 15000 l Dieselöl verbrannt, und die Auspuffgase quämen in die Luft.

G.A.: Kannst du uns im einzelnen den Bohrablauf schildern?

P.T.: Ja, das sieht so aus, daß je nach Bohrtiefe und Erdformation, in der man ist, Verrohrungen eingebracht werden und verschiedene Durchmesser gebohrt werden müssen. Bei unterschiedlichen Tiefen müssen neue Rohrtouren eingezogen werden, das sind spätere Förder- und Fütterrohre. Um z.B. den Grundwasserspiegel nicht in den Salzstock laufen zu lassen, werden Spülungschemikalien angesetzt, die man vergleichen kann mit so einem Wackelpeterpudding: wenn er heiß ist, dann fließt er, wenn er kalt ist, dann erstarrt er. Das hat einmal den Zweck, daß die Erdformation, die abgebohrt ist, bei plötzlichem Pumpenabfall nicht zurückfallen kann. Und zum andern sind es Tixotone (Tonverbindungen), die die Bohrlochwand verschmieren können.

Aber wenn wir uns gerade so daran erinnern, an die Blow-Outs, die passieren - und jede hundertste Bohrung ist so ein Ausbruch, der nicht kontrollierbar ist...

G.A.: Was heißt Blow-Out?

P.T.: Das sind solche nicht kontrollierbaren Ausbrüche, die nichts mit Formationen zu tun haben, sondern erst mal nur mit der Bohrspülung, weil ziemlich hohe Drücke dort frei werden. Wenn wir uns an diese Unglücke erinnern, z.B. die "Bravo" in der Nordsee, oder z.B. die mexikanische Sache - das passiert garantiert bei jeder hundertsten Bohrung. Wir selbst haben z.B. so Sachen gehabt, daß wir bei 2000 m Tiefe so sehr viel Spülung verloren haben, daß die dann in 15 km Umkreis, einschließlich auf Bundesstraßen und sonstwo überall rauskamen, und wir konnten das Zeug einfach nicht dicht kriegen.

G.A.: Über die hydrogeologischen Bohrungen behauptet ja die Bezirksregierung, sie dienen gleichermaßen als Quellstellen zur Waldbrandbekämpfung. Was sagst du dazu?

P.T.: Nein, hydrogeologische Bohrungen sind grundsätzlich keine Bohrungen, die für Feuerlöschbrunnen oder für Weidepumpen benutzt werden können. Hydrobohrungen sind alleinig Aufschlußbohrungen, in denen später festgestellt wird, so mittels Farbchemikalien, wo das Wasser lang zu laufen hat, und die müssen ja nun mal überprüfen, ob das Plutonium in die Elbe oder in die Jeetzel fließen kann. Die sind auf keinen Fall benutzbar für die Wasserversorgung. Jede Bohrung, die jetzt irgendwo zerstört wird, wäre für die Waldbrandbekämpfung nicht tauglich.

G.A.: Welche konkreten Schritte können Atomgegner ergreifen, um den Ablauf der Tiefbohrungen zu verzögern, zu behindern oder zu verhindern? An welchen Punkten können wir deiner Ansicht nach eingreifen?

P.T.: Bei den Flachbohrungen sieht es so aus: für jedes Bohrloch ist es tödlich, wenn etwas drinliegt. Z.B. Schrott in möglichst kleinen Teilen, Kugellager oder sonstwas. Aber Zement wirkt auch sehr gut. Bei den Tiefbohrungen sieht es so aus, selbst wenn die Bohranlage steht, sind nicht alle Materialien täglich am Platz. D.h. es muß täglich mindestens 15000 l Dieselöl zur Bohranlage gebracht werden, es ist wegen der Gefährlichkeit unmöglich, das mit dem Hubschrauber zu bringen. Zum andern muß täglich dieser schon erwähnte Bohrschmand abgefahren werden. Das sieht in der Regel so aus, daß in den umliegenden Orten Transportunternehmen gesucht werden, die Jauchewagen haben, mit so ner Pumpe dran, von der städtischen Entwässerung kennen wir das irgendwo, aber sowas gibt es auch in den Samt- und Landgemeinden, die Sickerkuhlen oder sonst was abfahren. Die müssen das zu irgendwelchen Kieskuhlen bringen. Wenn sie das z.B. nicht abfahren können, dann würden sie täglich bei den vielen Kubikmetern, die anfallen, in dem Bohrschlamm schwimmen. Zum anderen müssen ständig Servicefirmen zu dieser Bohranlage kommen, die keine festen Anlagen installieren können. Wenn z.B. verrohrt wird, muß gleichzeitig zum Lagerschutz zementiert werden. Da gibts so Servicefirmen, die alle so um Ceile

rumliegen, die den Zement da hinbringen müssen, und da handelt es sich um viele hundert Tonnen, und da gibts andere Servicefirmen, die die Messungen machen, z.B. jetzt bestimmen, in welcher geologischen Himmelsrichtung die Bohrungen verlaufen, in welcher Formation die sind, dann werden Bohrlöcher mit Fernsehkameras abgefahren, um z.B. rauszukriegen, ob man in weichem Gestein fährt, da kann es nämlich Auskesselungen geben: die Bohrungen werden größer, als eigentlich vorgesehen. Solche Tiefbohrungen können ziemlich unkontrolliert verlaufen, wenn es sich z.B. um eine weiche Tonformation handelt, können die Auskesselungen 50 m und mehr groß werden, und dann muß berechnet werden, wieviel Tonnen von Zement da hinein gekarrt werden muß, um diese Rohre da zu verrohren. Dann gibt es weiter Firmen, die ein volles Meßprogramm machen, und letztenendes werden auch die Bohrmansschaften ausgetauscht werden müssen. Es gibt nirgendwo auf der Welt eine Bohrmannschaft, die länger als 14 Tage auf der Bohranlage ist, weil der Dienst auch unheimlich hart ist und dann müssen eben neue Leute hingebacht werden.

G.A.: Sind aus deiner Sicht die Salzstöcke so sicher wie immer behauptet wird?

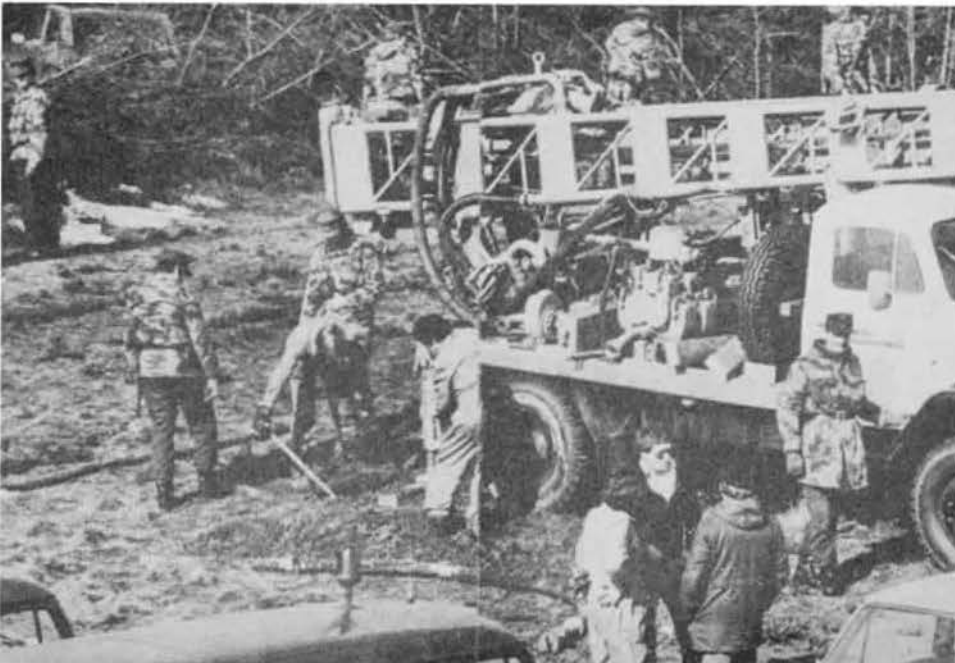
P.T.: Also meine Erfahrung praktischer Art mit Salzstöcken ist die: ich kenne viele Salzstöcke in der norddeutschen Tiefebene, speziell auch im Ilmenaubecken bei Bardowick (nördlich von Lüneburg) und habe mich sehr eingehend mit dem Grimmel-Gutachten beschäftigt. Aus geologischer Sicht sind diese Salzstöcke nicht sicher. Sondern wenn man bedenkt, daß die Erfahrung von 100 Jahren Schachtbau auf Salzbergwerken gezeigt hat, daß 50% dieser Zechen bis heute abgesoffen sind, oder unmittelbar von Laugeneinbrüchen so wie die Asse II jetzt bedroht sind, so sind diese nichttiefen Salzgesteine, und nur um die handelt es sich dabei, eben nicht sicher. Außerdem haben Salzstöcke ein sehr hohes Gewicht und haben das Bestreben, durch Lagerdrücke nach oben zu wandern - deshalb haben die Salzstöcke auch fast immer diese pilzförmige Form nach oben hin. Zum anderen speziell der Gartow-Rambower Salzstock: dieser Bereich zählt zum Erdbebengebiet, und selbst die Oberflächenstrukturen von dem Salzstock weisen auf, daß es Hochmoore gibt, die trocken geworden sind in den letzten hundert Jahren. Das Wasser aus den Hochmooren ist garantiert in den Salzstock eingedrungen.

Zum anderen gibt es ein Gutachten von der Technischen Universität Braunschweig, was besagt, daß dieser Salzstock bis zu 20% Cerkaliteinschlüsse hat. Das Cerkalit ist ein Steinsalz, das sich bei 110 Grad plastifiziert, also auflöst und mit anderen salzkristallinen Formen verbindet. Das heißt also, der Atommüll, der da eingelagert werden sollte, dürfte nie eine Temperatur von über 110 Grad erreichen, was bis heute technisch unmöglich ist, sonst würden sich 20% von diesem Salzstock auflösen.

Außerdem haben Versuche in Amerika gezeigt, daß nur Zechsteinsalze in der Härteskala so ausreichend stabil sein können, daß sie überhaupt für irgendwelche Lagerungen geeignet wären. Aber Zechsteinsalze liegen 4000 und mehr Meter tief in der Norddeutschen Tiefebene und scheiden daher für jede Schachtanlage aus, wenn man bedenkt, daß die tiefste Schachtanlage nur 2100 m tief ist in Südafrika.

G.A.: Sind die Tiefbohrungen überhaupt noch notwendig zur Erforschung des Salzstocks bei Gorleben?

P.T.: Nach meiner Ansicht sind sie nicht erforderlich. Einmal ist die Lage des Salzstocks vorher bekannt gewesen, und zwar nicht nur seine Lage, sondern auch



Ohne Minister und Sekt. Der erste Spatenstich. Dafür aber jede Menge Bundesgrenzschutz.

TREBELER BI-TREFFEN 6.+7.10.

Um's gleich zu sagen: Das trebeler BI-Treffen vom 7. Oktober faste keine Beschlüsse für weitere praktische Widerstandsaktionen in Gorleben. Angesichts der Tatsache, daß es schon bei der Bundeskonferenz in Bochum mehrere Vorschläge zum weiteren Vorgehen in Gorleben gegeben hatte, erscheint es besonders enttäuschend, daß keine konkreten Ergebnisse zustande kamen.

Gekommen waren ca. 140 Leute aus 50 Bürgerinitiativen und Organisationen.

Die BI Hamburg-Altona schlägt eine Blockade-Woche für Ende November vor. Am Wochenende darauf soll für eine Großaktion mobilisiert werden; eine Bauplatzbesetzung bzw. -Stürmung mit der größtmöglichen Zerstörung von Bohrgeräten soll versucht werden.

Der Göttinger Arbeitskreis setzt sich für erneute Blockaden an einem von uns selbst bestimmten Zeitpunkt ein (2. Novemberwoche). Für ein oder zwei Tage soll voll mobilisiert werden; können wir in dieser Zeit den Bauplatz wirklich total blockieren, wird das eine zusätzliche mobilisierende Wirkung haben. Die beste Stelle für Großblockaden ist die Straße Gorleben-Gedelitz. Wenn es uns gelingt, sie mit zweimal tausend Leuten und entsprechend vielen Fahrzeugen dichtzumachen, können wir den Bohrablauf entscheidend behindern.

Die Hamburger Autonomen weisen auf die Flach- und Hydrobohrungen hin, die eine große Bedeutung für das ganze Bohrprogramm haben. Aktionen gegen diese Bohrlöcher sollen verstärkt werden - trotz neuerdings dicker Betonplatten als Deckel. Wei terhin sollen die Zulieferfirmen für die Tiefbohrungen ausfindig und deren Wirken in den Stadtteilen öffentlich gemacht werden.

Direkte Aktionen gegen diese Unternehmen beinhaltet auch ein Vorschlag von dezentralen Aktionstagen in allen Städten des Bundesgebietes.

Keine Blockaden mehr ??

Die BI Lüchow-Dannenberg erklärt, daß sie sich auf keinen Termin für irgendwelche größeren Aktionen festlegen lassen will. Dieses "Veto" macht schon ziemlich früh deutlich, daß es zu keiner Einigung kommen wird. Wenn wir es auch für einen, möglicherweise folgenschweren, Fehler halten, nicht auch weiterhin auch praktisch zu versuchen, die geplanten Atemanlagen im Wendland zu bekämpfen, so erscheint die Begründung der BI LÜ-Dan für ihr Nein dennoch verständlich.

Sowohl durch den Dauerbeschuß, dem die BI von Parteien, Kreistag, Verbänden und Ver-

Forts. vom Bohrmeister-Interview

seine Mächtigkeit, d.h. seine Dicke, seine Tiefe und auch seine Porosität, seine Durchlässigkeit. Man könnte neue Aufschlüsse auch mit einfacheren Methoden erreichen, indem man nämlich Bohrungen bis zu 6 m Tiefe macht, da drinnen Sprengladungen unterbringt, ein künstliches Erdbeben erzeugt und somit über Schallwellreflexion fast das gleiche Ergebnis erreicht. Also aus meiner Einschätzung werden diese Aufschlußbohrungen ganz konkret darum gemacht, um den möglichst günstigsten Standort für den Beginn des Schachtanlagenbaus zu haben. Das heißt mit anderen Worten: Wenn die sich in ihrem Bohrprogramm 4 oder 6 Bohrungen ausgesucht haben und haben bei der ersten Bohrung schon Glück, daß sie z.B. ein einigermaßen gutes Deckgebirge und etwas weniger Basikalid im Steinsalz finden - dann können sie auch schon nach der ersten Bohrung mit der Schachtanlage beginnen. D.h. es werden bei der ersten Bohrung Kerne gezogen, die werden im Labor auf ihre Güte untersucht, und danach kann festgelegt werden, ob an dieser Stelle was benutzt werden kann. Schon die erste Tiefbohrung ist Baubeginn der ersten Schachtanlage.

G.A.: Wir danken dir für das Gespräch.

waltung ausgesetzt ist als auch durch die andauernden Bekundungen, die WAA kommt nicht nach Gorleben, ist die Stimmung im Landkreis gekippt. Die BI hat einen so schweren Stand wie schon lange nicht mehr, wozu auch unüberlegte Aktionen von AKW-Gegnern gegen Expeditionen in Lüchow und Dannenberg mit beigetragen haben. Schwerpunkt der Öffentlichkeitsarbeit, um die sich die BI in Zukunft verstärkt kümmern will, wird die Information über die Zwischenlager-Endlagerproblematik sein. Unseren Vorschlag, die Blockaden, die sich unseres Erachtens als Aktionsform bewährt haben und die bisher nur mangels Masse nicht noch erfolgreicher waren, wieder aufzunehmen und zu verstärken, halten wir dennoch weiter aufrecht. Gerade vor dem Hintergrund, daß es möglicherweise eine zweite Tiefbohrstelle

Angeblich nur in der Absicht, ein paar Passagen umzuformulieren, verfälschte Jörg Janning zusammen mit der BI Vorsitzenden Frau Fritzen die Stellungnahme dahingehend, daß eine Distanzierung von denjenigen, die sich nicht auf das Konzept des gewaltfreien Widerstandes stellen, herauskam. Gerade in einer Zeit verstärkter Hetze gegen auswärtige AKW-Gegner fühlten sich viele durch die "neue Stellungnahme" - die ohne erneute Rücksprache mit der BI in der Zeitung abgedruckt wurde - politisch und physisch bedroht. Die Erklärung, so die berechtigte Kritik, leiste der Kriminalisierung, bzw. Spaltung Vorschub. Auch die auf dem Treffen anwesenden Lüchow-Dannenger teilten die Empörung über Jannings Verhalten. Sie versicherten, zukünftige Stellungnahmen nur noch kollektiv zu verabschieden; mögliche weitere Kon-

Vorurteile wurden abgebaut

Göhrde. Im Bildungszentrum Jagdschloß Göhrde diskutierten 14 Polizeibeamte aus dem Regierungsbezirk Lüneburg und 14 Mitglieder von Bürgerinitiativen und Bürger des hiesigen Landkreises sowie Vertreter des gewerkschaftlichen „Aktionskreises Leben“ zum Thema „Gorleben im Meinungsstreit - Versuch eines Dialogs“. Die Leitung des Seminars hatte der Leiter der Informationsstelle des Bundesministeriums für Forschung und Technologie in Lüchow, Wilhelm Kulke.

Ziel der Veranstaltung war es, in gemeinsamer Diskussion vorhandene Spannungen und gegenseitige Vorurteile anzusprechen, aufzuarbeiten und möglicherweise abzubauen. Im Mittelpunkt der zweitägigen Diskussion standen u. a. folgende Probleme:

○ Vorkommnisse bei Demonstrationen und Aktionen in Gorleben, auf dem Weg nach Gorleben und an AKW-Standorten.

○ Fragen des Ermessensspielraums der Polizei und der Verhältnismäßigkeit der Mittel ihres Einsatzes,

○ die Bedeutung des zivilen Ungehorsams und gewaltfreier Aktionen für die Arbeit der Bürgerinitiativen,

○ gegenseitiges Mißtrauen und „Feindbilder“ zwischen Polizeibeamten und Demonstranten,

○ Polizeibeamte als Erfüllungshelfen politischer und wirtschaftlicher Machtinteressen?

○ Gewaltfreiheit der Bürgerinitiativen: Taktik oder Überzeugung?

○ Entziehen sich die Politiker ihrer Verantwortung?

Diskutiert wurde in einer sehr offenen Atmosphäre, in der beide Seiten ihre Probleme und Fragen vorbringen konnten. Es wurde ein Film des III. Fernsehprogramms über den Treck der Lüchow-Dannenger Bauern nach Hannover („Albrecht wir kommen“) gezeigt, in dem exemplarisch eine große gewaltfreie Aktion und ein optimales Zusammenwirken zwischen Vertretern der Bürgerinitiativen und

der Polizei dargestellt wird. Die Veranstaltung schloß mit zwei Kurzreferaten und anschließender Diskussion. Polizeidirektor Thieke aus Celle sprach über Aufgaben und Stellung der Polizei in einem Rechtsstaat, das Verhältnis von Polizei zu Bürgerinitiativen sowie über Möglichkeiten des Zusammenwirkens in der Zukunft. Martin Mombaur aus Göhrde referierte über das Selbstverständnis der Bürgerinitiativbewegung, über ihr Konzept der gewaltfreien Aktion und die Probleme im Verhältnis zur Polizei. Er betonte, daß sowohl die hiesige Bürgerinitiative als auch der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) Gewalt gegen Menschen und gegen Sachen nicht aus taktischen, sondern aus inhaltlichen Gründen ausschließen. Sein Bestreben sei es, Andersdenkende zu integrieren.

Alle Teilnehmer werteten die Veranstaltung als Erfolg. Viele Vorkommnisse der letzten Zeit konnten angesprochen werden, ein großer Teil von Vorurteilen wurde abgebaut. Gedankt wurde dem Bildungszentrum Jagdschloß Göhrde für den Mut, diese Veranstaltung durchzuführen, sowie Wilhelm Kulke vom BMFT für die Leitung des Seminars. Von allen Beteiligten wurde angeregt, Zusammenkünfte dieser Art in absehbarer Zeit zu wiederholen, um miteinander im Gespräch zu bleiben. Sie erklärten übereinstimmend, daß in Zukunft auch mit den verantwortlichen Politikern ein so offenes Wort geführt werden müsse.

niemals geben wird und daß bereits jetzt bei 1003 mit dem Bau einer Schachtanlage begonnen werden soll, muß auch der praktische Widerstand gegen die Gorlebener Atemanlagen weiterlaufen!

Nützliche Hinweise kommen von einem Berliner: Die beiden einzigen Unternehmen in der BRD, die das begleitende Meßprogramm für die Bohrungen machen können, sind die Firmen SCHLUMBERGER in DELMENHORST und ATLAS in KIEL. Firma KRISTENSEN, CELLE, liefert als einzige die benötigten Diamantmeißel!

Weiterer Hauptpunkt des Trebeler Treffens war eine massive Kritik an einigen Vorstandsmitgliedern der BI Lü-Dan, namentlich Jörg Janning und Martin Mombauer: Nach den Blockade-Aktionen war in den Ortsgruppen der BI eine Erklärung diskutiert und beschlossen worden, in der sich ausdrücklich mit dem bisher gelaufenen Widerstand solidarisiert die in letzter Zeit gute Zusammenarbeit zwischen einheimischer und auswärtigen AKW-Gegnern betont wird. Diese Erklärung sollte als Stellungnahme und als Antwort auf die Angriffe der Parteien und des Kreistags in Der Elbe-Jeetz-Zeitung veröffentlicht werden.

sequenzen sollen in den Ortsgruppen diskutiert werden.

Das andere Beispiel eigenmächtigen Vorgehens von BI-Führern war das in der Göhrde veranstaltete Polizeiseminar (siehe nebenstehenden Zeitungsbericht).

Martin Mombauer hatte die Veranstaltung in der BI vorher nicht angekündigt, geschweige denn diskutiert. Die Narben der letzten Schlagstockeinsätze in Gorleben sind noch nicht verheilt, da überlegen sich Polizei und BI-Führer gemeinsam, wie dem praktischen Widerstand der Garaus gemacht werden soll. Schlichtweg eine Sauerei ist Mombauers Äußerung, er würde sich bemühen, die auswärtigen AKW-Gegner in das Konzept des gewaltfreien Widerstandes zu integrieren. Das sagte immerhin derselbe Martin Mombauer, der sich in Bochum und schon vorher mit radikalen Sprüchen zu profilieren versucht hatte.

Um den Bericht nicht zu negativ zu beenden: Am 20./21. 10 findet in Borken bei Kassel ein Treffen statt, zu dem möglichst alle von Zwischenlager bedrohten und anderen Verhinderung interessierten Bürgerinitiativen kommen sollten!

Zwischenlager / Kompaktlager:

Der neueste Hit

Am Freitag, 26.9., um 18.00 Uhr war es soweit: Kanzler Schmidt und die Länderministerpräsidenten hatten geschafft, was niemand mehr für möglich gehalten hatte. In nur vier Stunden lösten sie das Atomüllproblem - es kann also weitergehen mit der Atomkraft. Die Zauberworte heißen Kompaktlager und Zwischenlager.

Worum geht es bei der Entsorgung ?

Zur Zeit gibt es in der BRD 15 mehr oder weniger schrottreife Atomreaktoren, in denen laufend schwach-, mittel- und hochradioaktiver Atomüll anfällt. Der besonders problematische hochaktive Abfall besteht zum größten Teil aus abgebrannten Brennelementen.

Schon mit der Installierung des ersten westdeutschen AKW's Anfang der 60er Jahre war klar, daß von nun der Atomüll in großen Mengen produziert werden würde. Aber Betreiber und Regierung machten sich von Anfang an wenig Sorgen damit. Zuerst tat man so, als würde es gar keine Abfälle geben und tat dementsprechend auch nichts für ihre Beseitigung oder Lagerung, dann, als man an dem Problem nicht mehr vorbeisehen konnte, weil die Lagerbecken in den AKW's überquollen, ließ man die verbrauchten Brennelemente für viel Geld ins Ausland schaffen. Aber auch dieser Müll ist bald wieder zurück, wiederaufbereitet oder nicht. Die Verträge mit der COGEMA, der Betreiberfirma der französischen WAA in La Hague, laufen 1983, bzw. 1986 aus, d.h., spätestens dann ist der ganze Abfall wieder hier. Wohin nun aber mit den abgebrannten Brennelementen? Die Abklingbecken in den meisten AKW's sind voll, einigen droht schon bald die Zwangstilllegung.

Um aus dieser Klemme herauszukommen, propagieren Atomindustrie und Bundes- sowie Landesregierungen den Bau von Zwischenlagern und die Kompaktlagerung der Brennelemente in den Atomkraftwerken. Das Treffen der Regierungschefs hat diesen Plan zur offiziellen Linie für die Entsorgungsfrage gemacht.

Was ist ein Kompaktlager ?

Wie schon erwähnt, ist in jedem AKW ein sog. "Abklingbecken" installiert. Dies ist ein ganz normales Wasserbecken, in dem die abgebrannten Brennelemente eingetaucht und für einige Monate gelagert werden, bis ein Großteil der kurzlebigen radioaktiven Stoffe verstrahlt ist. Für die Abklingbecken gibt es genaue Vorschriften, z.B. wie dicht die Brennelemente nebeneinander liegen dürfen. Ausserdem sollen sie nicht länger als ein halbes Jahr in den Becken bleiben. Diese Vorschriften sind nicht von ungefähr erlassen worden, denn die Lagerung der abgebrannten Elemente hat ihre Tücken und Gefahren. Im Gegensatz zu neuen Brennstäben geben die abgebrannten nämlich radioaktive Substanzen ab, oft sehr viel, weil die Brennelementehüllen durch den jahrelangen Neutronenbeschuß im Reaktor undicht geworden sind. Vor allem radioaktive Gase steigen aus den Wasserbecken in die Luft des Reaktorinnenraums. Entsprechend steigt auch die Strahlenbelastung der im Reaktor beschäftigten Menschen.

Die in den letzten Monaten für viele AKW's beantragte Kompaktlagerung ist nichts anderes, als daß von nun an die Brennelemente kompakter, d.h., dichter und langfristiger in den Abklingbecken gelagert werden sollen. Diese Kompaktlagerung bringt in jedem Fall eine Risikohöherung mit sich, denn die bisherigen Vorschriften in Bezug auf die Lagerung von Brennelementen in den Atomkraftwerken müssen erheblich gelockert werden, wenn die Kompaktlagerung genehmigt werden soll. Die Folge wird sein, daß die Belastung der Umgebung des AKW's mit radioaktiven Stoffen erhöht wird, weil mehr Brennelemente länger gelagert werden und daß deshalb die ohnehin schon viel zu große Strahlenbelastung der im Reaktor Arbeitenden noch mehr steigt. Zudem wird durch die dichte Lagerung die Gefahr größer, daß sich eine "kritische Masse" im Lagerbecken zusammenballt und es zu einer atomaren Kettenreaktion kommt. Die Betreiber wird das nicht scheren; sie werden alles daran setzen, daß es so schnell wie möglich geht, denn sie brauchen die Kompaktlagerung, um die "Durststrecke" bis zur Fertigstellung des ersten Zwischenlagers zu überstehen.

Was ist ein Zwischenlager ?

Zu unterscheiden ist zunächst zwischen Naßlagerung und Trockenlagerung. Die Naßlagerung von abgebrannten Brennelementen in einem zentralen Zwischenlager ist im Prinzip ähnlich wie die Kompaktlagerung: die abgebrannten Brennelemente werden in einem Wasserbecken, das von einer Halle überdeckt ist, gelagert. Hauptunterschied zum Kompaktlager ist die Tatsache, daß in einem Naß-Zwischenlager die Brennelemente in viel größerer Anzahl, viel länger und in einem extra dafür errichteten Gebäude gelagert werden.

In einem Trocken-Zwischenlager verbleiben die Brennelemente in großen Behältern, die über eine eigene, komplizierte, "trockene" Kühlung verfügen. Diese Behälter werden im Trocken-Zwischenlager praktisch nur gestapelt.

In der konkreten Planung sind bisher lediglich Naßlager.

Drei Bundesländer haben sich bisher bereit erklärt, solche zentralen Zwischenlager für abgebrannte Brennelemente zu errichten: Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. Für Hessen ist Borken bei Kassel als Standort im Gespräch, mögliche Plätze für Niedersachsen sind Stade und Gorleben, und Nordrhein-Westfalen hat den Standort schon benannt - Ahaus bei Münster. Dort sind die Vorbereitungen auch am weitesten. Bereits im Januar 1978 veröffentlichten die beteiligten Firmen, die DWK und die STEAG, ihre Projektvorstellungen (die Broschüre kann man kostenlos beziehen über: DWK, Büntjenweg 2, 3 Hannover 71). Geplant ist demnach ein Naß-Zwischenlager mit einer Kapazität von 1500 t abgebrannter Brennelemente. Der Standort Ahaus gefiel den Betreibern deshalb so gut, weil dort bereits ein geeignetes Gelände zur Verfügung steht; geeignet deshalb, weil es der STEAG gehört. Zeitraubende Enteignungsverfahren wird es demnach nicht geben. Wohl aber den Widerstand der örtlichen Bevölkerung. Es beginnt sich langsam herumsprechen, daß die längerfristige Zwischenlagerung abgebrannter Brennelemente mit ganz erheblichen Gefahren verbunden sind. Aus ähnlichen Gründen wie bei der Kompaktlagerung wird ein Vielfaches der Radioaktivitätsbelastung durch ein normales Atomkraftwerk erreicht werden, vor allem durch Freisetzung langlebiger radioaktiver Stoffe, die die unangenehme Eigenschaft haben, sich in der Natur anzuhäufeln. Eine zusätzliche Gefahr besteht darin, daß solche Zwischenlager vor allem aus Kostengründen nur unzureichend gegen Einflüsse von draußen gesichert



sind. Ein Flugzeugabsturz hätte in jedem Fall katastrophale Folgen.

Entscheidend aber ist, daß die zusätzliche Gefahrenquelle durch Zwischenlager und auch Kompaktlager das eigentliche Problem, das "Wohin mit dem Atommüll" ja nicht löst, sondern vor sich herschiebt und das auch nur für kurze Zeit. Würden nämlich die abgebrannten Brennelemente aller deutschen Atomkraftwerke zwischengelagert, so wäre das Zwischenlager Ahaus bereits nach 2 Jahren voll, bis dahin müßte bereits das nächste betriebsbereit sein...und so weiter.

Warum der Widerstand so wichtig ist!

Mit Kompaktlagern in Atomkraftwerken und mit zentralen Zwischenlagern wird sich die deutsche Atomindustrie nicht lange über die Zeit retten können. Aber sie sollen den Betreibern so viel Luft verschaffen, daß sie alle Atomkraftwerke weiterbetreiben können, bis ihr "Entsorgungszentrum" fertig ist. Die "Entsorgung" der deutschen Atomkraftwerke hängt im Moment also an einem seidenen Faden. Gelingt es nämlich den Bürgerinitiativen, die Genehmigung der Kompaktlager und den Bau der Zwischenlager zu verhindern oder auch nur zu verzögern, geraten die Betreiber vollends in die Klemme und müssen Reaktoren abschalten, falls ihnen nicht bis dahin eine weitere Notlösung einfällt.

Die Verhinderung der Kompakt- und Zwischenlager wird also 1980 eine der Hauptaufgaben für alle Atomkraftgegner sein. Keine leichte Aufgabe, denn zumindest juristisch haben sich die Betreiber in eine günstige Ausgangsposition gebracht: in weiser Voraussicht sorgten sie dafür, daß bei der Änderung des Atomgesetzes im Jahre 1976 in ihrem Sinne verfahren wurde. In der alten Fassung waren Zwischenlager überhaupt nicht vorgesehen und konnten demnach auch nicht beantragt werden. Nach der Novellierung 1976 wird eine Zwischenlagerung von abgebrannten Brennelementen prinzipiell ermöglicht und das dazu noch unter Ausschluß der Öffentlichkeit, weil "im zentralen Zwischenlager die Brennelemente weder bearbeitet noch verarbeitet noch gespalten oder aufbereitet werden, fällt diese Anlage juristisch nicht unter §7. Für eine derartige Anlage gilt vielmehr §6." In §6 des Atomgesetzes ist aber keine Beteiligung der Öffentlichkeit am Genehmigungsverfahren vorgesehen, Betreiber und Behörden können auf solch lästiges "Beiwerk" verzichten, wenn ihnen dies opportun erscheint. Genehmigungsbehörde ist auch nicht mehr das zuständige Landesministerium, sondern die Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB) in Braunschweig, die ein direkter Befehlsempfänger der Bundesregierung ist, und die hat sich bekanntlich vorbehaltlos für zentrale Zwischenlager ausgesprochen. Der Widerstand vor Gericht wird also sehr schwer werden, wenn er überhaupt sinnvoll möglich sein wird.

Um so wichtiger wird der Widerstand vor Ort sein. Die örtlichen Bürgerinitiativen sind dabei stärker als bisher auf die Unterstützung anderer Atomkraftgegner angewiesen, denn das Problem der Zwischen- und Kompaktlager wurde bisher in der öffentlichen Diskussion stiefmütterlich behandelt, oft auch von Seiten der Atomkraftgegner selbst.

Im westfälischen Ahaus hat der Widerstand längst begonnen. So fand 1979 ein Sommerlager in Ahaus statt und Ende August starten die ansässigen Bauern ihre erste größere Aktion: mit 60 Treckern demonstrieren sie gegen eine Informationsveranstaltung des Bundes und der Betreiber! Und bei den Kommunalwahlen bekam die Grüne Liste in Ahauser Gebiet 25% der Wählerstimmen!

Harrisburg

Die Zeitbombe tickt weiter im Atomkraftwerk Three Miles Island bei Harrisburg. Die Radioaktivität innerhalb des Reaktor Gebäudes ist immer noch so hoch, das keine Reparaturarbeiten am Reaktor selbst vorgenommen werden können. Ein neues Problem ist mittlerweile dazugekommen. Die amerikanische Atomenergiebehörde gab am 1. Okt. bekannt, daß das radioaktive Wasser im Atomkraftwerk Harrisburg so schnell steigt, daß die Überlaufbehälter ist spätestens 30 Tagen überlaufen werden. Es ist zu befürchten, daß die Betreiber des AKW's, die Metropolitan Edison, einen Teil des hochradioaktiven Wassers in den Fluß Susquana, an dem das AKW liegt, ableiten werden.



Eine neue Katastrophe ist da!

Tus Con (USA)

Am 28. Sept. brachte dpa folgende Meldung: "Mitglieder der amerikanischen Nationalgarde haben am Donnerstag eine Stillgelegte Fabrik zur Herstellung radioaktiven Tritiums in Tus Con (Arizona) besetzt. Der Gouverneur des Bundesstaates, Bruce Babbitt, erklärte, daß aus dem Werk auch nach der Zwangsstilllegung wegen unzureichender Sicherungen radioaktives Gas auströme. Das noch in der Fabrik gelagerte Tritium bedeute ein hohes Sicherheitsrisiko für die 300 000 Bewohner Tus Cons. Ein Nuklearexperte verglich im August die Menge des ausgeströmtes radioaktiven Gases mit dem Reaktorunfall in Harrisburg. In der Nähe des Fabrikgeländes waren jahrelang die Mittagmahlzeiten für die 40 000 Schüler der 99 Schulen Tus Cons gekocht worden. 300 000 Tritiumverseuchte Mahlzeiten mußten außerhalb der Stadt vergraben werden."

Soweit diese dpa-Meldung, die als Kurzmeldung in einigen Zeitungen erschien. Es ist zu befürchten, daß die Realität noch weit schlimmer aussieht, wie von dpa gemeldet. Aus anderen Meldungen geht hervor, das in der Fabrik 3800 Liter flüssiges Tritiumgas lagern. Die Zustände in der Firma müssen ähnlich katastrophal sein, wie bei Stolzenberg in Hamburg (Giftmüllfabrik). Vor 6 Monaten hat die amerikanische Atomenergiebehörde die Zwangsstilllegung des Werkes angeordnet. Und das will ja schließlich etwas heißen wo die Betreiber sonst doch nicht so zögerlich in Fragen der Sicherheit sind. Und wenn dann, 6 Monate später die Nationalgarde das Gelände besetzt, ist davon auszugehen, daß bereits eine starke radioaktive Verseuchung stattgefunden hat und noch schlimmeres zu befürchten ist. Man mag gar nicht daran denken, was das heißt, wenn offiziell erklärt wird, 300 000 Mahlzeiten, die für Schüler bestimmt waren, hätten außerhalb der Stadt

vergraben werden müssen. Wieviele tritiumverseuchte Mahlzeiten sind wohl vorher schon von den ahnungslosen Kindern verzehrt worden.

Tritium ist eines der gefährlichsten radioaktiven Substanzen. Dieses Gas ist nicht zu kontrollieren oder zurückzuhalten, da es durch Beton, Stahl und alle anderen Materialien diffundiert (durchgeht). Tritium ist ein radioaktives Isotop des Wasserstoffs und hat eine Halbwertszeit von 12 Jahren, gehört also zu den langlebigen Strahlern. Beim Zerfall wird β -Strahlung abgegeben, die vor allem weiches Gewebe belastet (Hautgewebe z.B.).

Das eminent gefährliche an dem Tritium ist jedoch, daß der menschliche Körper zwischen dem radioaktiven Tritium und normalem Wasserstoff nicht unterscheiden kann. Und das Tritiumgas verbindet sich mit Sauerstoff zu Wasser. Gelangen also Tritiumatome in den Körper, so werden sie von diesem behandelt, wie ganz normaler Wasserstoff und in die verschiedenen Stoffe im Körper eingebaut. Eingebaut wird das radioaktive Tritium z.B. auch in die DNS, das ist der Stoff, in dem die Erbinformationen des Menschen gespeichert sind. Wenn dann ein Tritiumatom, das in einer DNS eingebaut ist, zerfällt, so stimmt die ganze Erbinformation nicht mehr. Als Folge treten dann Tot- und Mißgeburten auf, oft erst nach mehreren Generationen.

Nachdem, was bisher aus Tus Con bekannt geworden ist, muß man mit ganz schlimmen Auswirkungen dieser Tritiumfreisetzung rechnen.

Red Wing: Radioaktives Gas ausgeströmt

Im Atomkraftwerk Prairie Island am Mississippi (US-Bundesstaat Minisota) gelangte am 3. Oktober eine radioaktive Gaswolke ins freie. Eine halbe Stunde lang strömte radioaktiver Heißdampf aus dem Kühlkreislauf aus einem Leck im Rohrsystem. Das Atomkraftwerk wurde daraufhin stillgelegt. Der Bevölkerung von Red Wing, dem nächst größeren Ort, wurde von Regierungsbeamten mitgeteilt, ein Grund zur Evakuierung läge nicht vor. Das Atomkraftwerk Prairie Island ist typengleich mit dem in Harrisburg. Damit mußten seit dem schweren Unfall in Harrisburg nunmehr 4 Atomkraftwerke des selben Typs wegen "Totalschaden" ganz stillgelegt, oder wegen schwerer Betriebsstörungen bis auf weiteres den Betrieb einstellen.



Materialschäden auch in französischen Atomkraftwerken

Aufgrund von Streikdrohungen der beiden französischen Gewerkschaften CFTD und CGT mußten die Atomkraftwerke Triscatin und Gravelin ihren Betrieb stoppen. Arbeiter hatten in den 3.50 m langen Stahlplatten der Dampfgeneratoren Risse in einer Länge von 8 Millimetern und einer Tiefe von 6 mm festgestellt. Zur Zeit verhandeln die Gewerkschaften mit Vertretern der französischen Elektrizitätsgesellschaft über die Bedingungen einer Wiederinbetriebnahme.

Mitte des vergangenen Monats starteten die Atomkraftbefürworter unter der Federführung von Bundesminister Hauff (Bundesministerium für Forschung und Technologie BMFT) in bekannter Manier mit großem Presserummel ihre neueste Kampagne in Sachen Sicherheit bundesdeutscher AKWs. Ausgeholt hatte man zu diesem Schlag bereits 1976 als das BMFT der Gesellschaft für Reaktorsicherheit (GRS) den Auftrag zur Erstellung einer Risikoanalyse erteilte und letztere damit die Möglichkeiten bekam, einmal mehr herauszufinden, daß prinzipiell alle und ganz besonders die bundesdeutschen Atomanlagen das beste und sicherste schlechthin sind, was menschlicher Erfindergeist zustande gebracht hat. Garant dieses Ergebnisses ist die ausschließliche Besetzung dieser wichtigen offiziellen Kommission durch Atomkraftbefürworter. Beispiele für die Machenschaften dieser Atomlobby gibt es genug; so etwa, als sich das Verwaltungsgericht in Freiburg gegen eine sofortige Vollziehbarkeit der ersten Teilerrichtungsgenehmigung des AKW Wyhl entschied, weil das Bersten des Reaktordruckbehälters nicht auszuschließen sei. Da die Berstsicherung realisierbar sei, entspreche sie auch dem Stand von Wissenschaft und Technik und müsse zum Schutz der Bevölkerung eingebaut werden. Unmittelbar nach diesem Urteil faßten die Mitglieder der Reaktorsicherheitskommission den Beschluß: Das

daß man den Beginn der Werbekampagne etwas hinausschieben mußte, um zunächst den erhitzten Gemütern (z.T. sogar in den eigenen Reihen!) Zeit zum Abkühlen zu geben. Nun glaubt man also, daß genug Gras über die Sache gewachsen ist; da ist die Sicherheitsstudie das rechte Mittel um in Sachen Atomenergie den Karren wieder flott zu machen und insbesondere für die SPD ein willkommener Anlaß, den Genossen zu zeigen, wo's lang geht beim demnächst anstehenden Bundesparteitag. So war die Studie dann auch von Anfang an nicht als eine direkte Einführung in das atomrechtliche Genehmigungsverfahren gedacht, hat man da doch bereits Probleme genug mit den Überbleibseln aus einer Ära der Politik, die dem Bürger mehr Mitsprache bringen wollte. Ziel dieser Studie ist vielmehr die "Erschließung neuer und die Verbesserung alter Beurteilungsverfahren, das Ausloten der gegenwärtigen Begrenzungen probabilistischer Verfahren und vorhandener Datenbasen sowie die Überprüfung der Prioritätensetzung innerhalb der Reaktorsicherheitsforschung." Wie sehr wirtschaftliche Gesichtspunkte sich hinter diesen ehernen Zielen verbergen, klang bereits an. Konkret ging es schon 1976 darum, die amerikanische Reaktorsicherheitsstudie (Reacto Safety Study, WASH-1400), den sogenannten Rasmussen-Re-

port, auf deutsche Verhältnisse zu übertragen und durch eigene Berechnungen der ständig wachsenden Kritik an diesem Machwerk die Spitze zu nehmen. In der Tat sind die Macher der deutschen Sicherheitsstudie auch heute noch der Meinung, daß der Rasmussen-Bericht "ein wesentlicher Fortschritt über frühere Versuche hinaus war, die Risiken der Kerntechnik abzuschätzen" und "daß er gegenwärtig das vollständigste Bild der Störfallwahrscheinlichkeit von Kernreaktoren bietet." Damit ist eigentlich alles gesagt über den Unsinn von "Sicherheitsstudien", wenn

man zugleich berücksichtigt, daß sich selbst die US-Nuclear-Regulatory-Commission (NRC, vergleichbar der Reaktorsicherheitskommission) im Februar dieses Jahres genötigt sah, die Rasmussen-Studie auch offiziell dorthin zu befördern, wo sie hingehört: in den Papierkorb !! Sozusagen gerade noch rechtzeitig, denn bereits 4 Wochen später kam Harrisburg. Immerhin bastieren auf der Rasmussen-Studie alle bisherigen Betriebsgenehmigungen! So müssen doch selbst etablierte Wissenschaftler peinlich berührt sein, wenn sie in der Studie unter Punkt 2 zur Aufgabenstellung lesen: "Nach Veröffentlichung der amerikanischen Reactor Safety Study (Rasmussen-Report) ergab sich die Frage, inwieweit ihre Ergebnisse unmittelbar auf deutsche Verhältnisse übertragen werden könnten." Nun, wen wundert's noch bei dieser "Bestbesetzung", sie konnten übertragen werden und daß der Report in den USA längst vom Tisch ist, sozusagen von den Realitäten überholt, braucht man der Presse ja nicht unbedingt auf die Nase zu binden. Und so wird's gemacht: "Zur sicherheitstechnischen Untersuchung von Kernkraftwerken gehört eine Analyse der Störfälle, die aufgrund vorliegender technischer Erfahrungen möglich sind. Dabei wird es nicht für erforderlich gehalten, alle diese Störfälle im einzelnen

Deutsche Risikostudie -

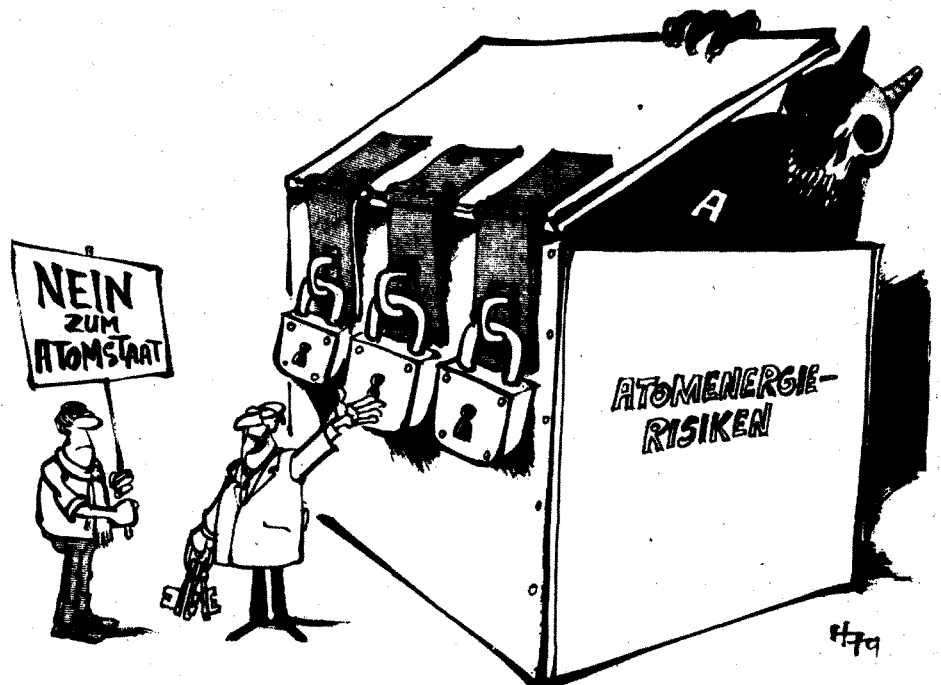
Bersten des Reaktordruckbehälters sei auszuschließen. Das Bersten sei auch ohne Berstsicherung unmöglich. Prompt entschied dann auch kurze Zeit später das Verwaltungsgericht Würzburg in dem Verfahren um das AKW Grafenrheinfeld, daß, obwohl es vom selben Typ wie Wyhl ist, hier ein Berstschutz unnötig sei. Gleiches kann man auch vom TÜV berichten, der offiziell als Kontrollinstanz fungiert zugleich aber als Mitglied im Atomforum verpflichtet ist, die Atomenergie zu fördern. Daß diese Gutachter nicht haftbar zu machen sind für ihre Aussagen versteht sich da schon von selbst. Vor diesem Hintergrund sind die "Expertenaussagen" zu sehen, wenn es da allorts in den Zeitungen hieß: "Nur alle 10.000 Jahre eine Kernschmelze - Die Risikostudie gibt keinen Anlaß zu Verzicht auf Kernkraft." Derartige Sprüche sind wahrlich nichts Neues, wengleich zum gegenwärtigen Zeit-

port, auf deutsche Verhältnisse zu übertragen und durch eigene Berechnungen der ständig wachsenden Kritik an diesem Machwerk die Spitze zu nehmen. In der Tat sind die Macher der deutschen Sicherheitsstudie auch heute noch der Meinung, daß der Rasmussen-Bericht "ein wesentlicher Fortschritt über frühere Versuche hinaus war, die Risiken der Kerntechnik abzuschätzen" und "daß er gegenwärtig das vollständigste Bild der Störfallwahrscheinlichkeit von Kernreaktoren bietet." Damit ist eigentlich alles gesagt über den Unsinn von "Sicherheitsstudien", wenn

zu analysieren. Vielmehr besteht das zweckmäßigste Vorgehen darin (Anm. d. Red: Für wen wohl am zweckmäßigsten?), die größten Anforderungen an die Sicherheitseinrichtungen bestimmenden Fälle, die Auslegungstörfälle, zu identifizieren und sie, stellvertretend für die anderen Störfälle, zu untersuchen. Der Nachweis, daß die vorhandenen Sicherheitseinrichtungen die Auslegungstörfälle beherrschen, ist gleichzeitig Nachweis, daß die anderen nicht untersuchten, aber bei dieser Vorgehensweise abgedeckten Störfälle ebenfalls beherrscht werden. "

Warum Risiken durch die Atomenergie in allen Versicherungszweigen von den Versicherern bedingungsgemäß ausgeschlossen sind, läßt sich klar an Aussagen führender Fachversicherer der Allianz (Dr. Ing. Braun, Vorstandsmitglied der Allianz) erkennen: Braun am 2. 12. 1970 im Tech. Allianz-Kolloquium München in einem Diskussionsbeitrag zur Frage der Prämienkalkulation: "... eine ausreichende Rücklage ist unabdingbar, denn der Großschaden wird mit Sicherheit eintreten!!"

punkt besonders dreist. Nicht einmal 5 Monate waren vergangen seit dem 28.3.79, als der Atomunfall im Druckwasserreaktor Three Mile Island bei Harrisburg die Welt in Atem hielt und nur durch Zufall die ganz große Katastrophe ausblieb. Die einzige Konsequenz der deutschen Sicherheitsstudie aus diesem alle Sicherheitssysteme entlarvenden Zwischenfall war die,



Welcher Außenstehende mag nach diesem Verwirrspiel nicht davon überzeugt sein, hier werde der Einfachheit halber mit den größtmöglichen Störfällen gerechnet und alle kleineren Störfälle seien dann gleichzeitig mit abgedeckt. Der Teufel steckt in dem Begriff "Auslegungsstörfälle" und die Selbstverständlichkeit, mit der die Behörden damit umgehen, ist mehr als kriminell. Auslegungsstörfall das ist im Behördendeutsch der "größte anzunehmende Unfall" (GAU), besser vielleicht zu übersetzen mit "größter ausgerechneter Unfall."

Da dieser angenommene Unfall so bemessen ist, daß bei Funktionen bestimmter Sicherheitssysteme (Notkühlung, Berstschutz, etc.) eine in Zusammenhang zwischen Atomindustrie und Behörden in der sogenannten "Strahlenschutzverordnung" vorgegebene Umweltbelastung gerade eingehalten wird, ist natürlich rein zufällig. Daß der GAU keineswegs der größtmögliche Unfall ist, hat nicht zuletzt Harrisburg klargemacht.

Der Autor entsinnt sich an ein Interview aus dieser Zeit im NDR, als zum ersten Mal ein Mitglied der Reaktorsicherheitskommission auf einen informierten Reporter traf. Der Reporter ließ sich dann erklären, daß der GAU gar nicht der größtmögliche Unfall ist, weil dabei stets ein funktionierendes Notkühlsystem vorausge-



Wiederauferstehung des Rasmussen - Reports

setzt wird, Notkühlsysteme aber andererseits so kompliziert sind, daß an ihrer Funktionstüchtigkeit zumindest erhebliche Zweifel angebracht seien.

GAU - Definition:

"Der größte anzunehmende Unfall ist nicht irgendein schwerer Kernkraftwerksunfall, sondern in den Genehmigungsverfahren eindeutig als "doppelendiger Bruch einer Hauptkühlmittelleitung mit hinzutretendem Einzelfehler" definiert. Es darf dabei nicht zu einem Schmelzen des Reaktorkerns sondern nur zu einer Beschädigung von 10% der Brennelementhüllen kommen. Dieser GAU wird der Auslegung aller deutschen Kernkraftwerke zugrundegelegt und muß sicher beherrscht werden. Es laufen Forschungsprogramme, die der Frage nachgehen, was passiert, wenn durch Versagen aller Sicherheitsmaßnahmen es doch zum Schmelzen des Reaktorkerns kommt. Dies wäre aber kein GAU, sondern ein hypothetischer Störfall, der in der Öffentlichkeit auch schon als Super-GAU bezeichnet wurde.
Zitiert nach: Atomwirtschaft-Atomtechnik Heft 6 / 1979

Wie bei Rasmussen in der Original-Studie, so also auch beim deutschen Ableger die Unterscheidung in Unfälle, die zwar grundsätzlich denkbar, aber so unwahrscheinlich sind, daß dafür keine anlagentechnischen Maßnahmen verlangt werden." So einfach ist das:

"Die möglichen Ereignisabläufe können zu einem Störfall führen, dessen Auswirkungen beherrscht werden, oder zu einem Unfall, der so unwahrscheinlich ist, daß keine anlagentechnischen Maßnahmen verlangt werden." Kommentar überflüssig!

Daß die Grundannahmen und Methoden der amerikanischen Studie übernommen wurden, wird von den Machern der deutschen Risikostudie auch an mehreren Stellen zugegeben.

"Das für die deutsche Risikostudie verwandte Unfallfolgenmodell entsprach in seinen Grundzügen dem der amerikanischen Studie... Zu den Ergebnissen der deutschen Studie, daß unter Berücksichtigung der Abweichungen von der amerikanischen Vorgehensweise trotz unterschiedlicher Anlagentechnik und Standortverhältnisse die Ergebnisse denen der amerikanischen Reactor Safety Study ähneln."

Kein Wunder also, daß auch in der deutschen Studie kriegerische Einwirkungen, Sabotage, Einwirkungen schädlicher Stoffe, Wechselwirkungen bei Mehrblockanlagen von vornherein völlig unberücksichtigt blieben und für eine Reihe äußerer Einwirkungen wie Erdbeben, Hochwasser, Explosionen, etc. stets eine so geringe Eintrittswahrscheinlichkeit ermittelt wurde, daß diese "keinen nennenswerten Beitrag zum Gesamtrisiko" leisten.

So wurde z. B. für den Absturz schnellfliegender Militärmaschinen eine Wahrscheinlichkeit von 10^{-6} hergeleitet, d.h., ein Absturz auf 1 Milliarde Flüge. Der zivile Flugverkehr, heißt es weiter, stelle eine noch geringere Gefährdung dar, so daß nach Aussagen der Herren aufgrund dieses niedrigen Zahlenwertes auf detaillierte Analysen verzichtet werden konnte. Wie war das doch gleich mit der Wahrscheinlichkeit, daß zwei Jumbos zusammenstoßen? Doch wohl auch 1: 1 Milliarde, wenn ich mich recht entsinne! Immerhin: "Menschliches Fehlverhalten kann allerdings trotz intensiver Schulung nicht ausgeschlossen werden."

So ist denn die einzig mögliche Konsequenz daraus die folgende:

"Es wurden nur geplante Eingriffe, wie sie in den Betriebshandbüchern vorgesehen sind, berücksichtigt. Nicht geplante Eingriffe, die sich sowohl in negativer als auch in positiver Richtung auswirken können, wurden noch nicht quantifiziert."

Dafür waren die Macher an anderen Stellen um so gründlicher:

"Allgemein läßt sich feststellen, daß große Frühschäden dann auftreten, wenn sich große Aktivitätsfreisetzungen an Standorten mit hoher Bevölkerungsdichte ereignen, der Wind in den ungünstigsten Sektor weht und durch Regen im Nahbereich eine hohe Bodenkontamination eintritt." Wahrhaft genial, diese Feststellung - wenn auch nicht gerade billig! Sind wir es doch, die wir mit unseren Steuergeldern diesen "wissenschaftlichen Chorifäen" ein angenehmes und sorgenfreies Leben ermöglichen.

Ihr einziges Problem: Die steigende Zahl derer, die nicht mehr bereit sind, das Spiel mit der einen Kernschmelze pro 10.000 Jahre mitzumachen, die es nicht länger hinnehmen wollen, daß mit ihnen Statistiken über Leben und Tod getrieben werden, wie in dieser Studie mit 14.000 Soforttoten in einem Umkreis bis zu 20 Km und 104.000 Todesfällen aus Spätschäden im Verlauf von 30 Jahren.

Wir haben nur ein Leben und nur eine Erde!

Sorgen wir dafür, daß auch dieses Machwerk nicht nur den Inhalt mit der Rasmussen-Studie gemein hat, sondern auch unverzüglich dessen Schicksal teilt: Ab in den Reißwolf!

Und die Macher der Studie am besten gleich mit!

Weißer Wolke über Esenshamm

Manchem Einwohner von Rodenkirchen mag in den letzten Septembertagen der Schreck in die Glieder gefahren sein. Denn das Atomkraftwerk Esenshamm, seit Dez.78 in Betrieb und schon von einigen Störfällen geplagt, blieb eine gewaltige weiße Wolke ab. Es folgte eine Schnellabschaltung. Ein Leck im Turbinenraum sei für die Wolke verantwortlich, der entweichende Dampf sei nicht radioaktiv gewesen. Mit einem Auge oder auch zweien auf den Bremer Wahlkampf mochte sich der zuständige Senator der Hansestadt mit dieser Version nicht zufrieden geben. Er gab sich konsequent umweltbewußt und wies seine Staatsanwaltschaft an, "unverzüglich vor Ort zu ermitteln und sich auf keine Fimmeleien in Fragen der Zuständigkeit einzulassen". Mal sehen, was dabei rauskommt

SPD-Kreistagsfraktion zu Gorleben-Aktionen

Nun wissen wir es, von kompetenter Seite werden wir aufgeklärt: in einer Presseerklärung der Lüchow-Dannenberg Kreistagsfraktion zu den jüngsten Demonstrationen und Aktionen um Gorleben (EJZ, 20.9.79) hieß es, "junge, politische stark engagierte Atomkraftgegner" verpassten die Chance, die die SPD ihnen biete, indem sie sich dem "Streit" (der sachlichen Überlegungen) stellt; statt dessen ließen die AKW-Gegner sich von Leuten "verführen", die "die Prinzipien unseres Rechtsstaats ihrer eigenen Gewaltideologie unterordnen und denen die "Kernenergie" nur Mittel zum Zweck ist.

Auf das Klischee von den "bösen Buben" folgt prompt das von den "braven Jungs": der Polizei wird ausdrücklich verantwortungsvolles und angemessenes Verhalten bescheinigt, "aus eigener Anschauung", wie es heißt (- man weiß ja, wie zahlreich und engagiert SPD-Größen jeden Kalibers an den Aktionen Lüchow-Dannenberg und anderwärtiger AKW-Gegner beteiligt zu sein pflegen!) Selbstverständlich fehlt in der Erklärung auch nicht der Hinweis auf die wunderbaren Möglichkeiten unseres demokratischen Rechtsstaates, politische Ziele durchzusetzen, Spielregeln, an die man sich zu halten habe, wenn man sich nicht "außerhalb unserer verfassungsmäßigen Ordnung" stellen wolle.

Mit kaum verborgener Genüßlichkeit folgt dann ein des öfteren an die Adresse der AKW-Gegner gerichteter Vorwurf: sie nämlich hätten mit ihrer Militanz das volle Ausmaß der Sicherungsmaßnahmen zu verantworten, insbesondere die Tatsache, daß eine weit größere Fläche als ursprünglich vorgesehenen abgeholzt werden mußte. Da ist es also, seriös verpackt, aber unverkennbar, das Argument auf dem Niveau der

rausgestreckten Zunge: "Ätsch! und ihr wollt Umweltschützer sein!" Eindrucksvoller Schluß der Erklärung ist der Aufruf an den Vorstand der Lüchow-Dannenberg BI (- warum an den Vorstand? verhandelt man in der SPD nicht mit dem gemeinen Fußvolk?? -), sich umgehend zu den Vorfällen klar zu äußern und in Zukunft auf jede Art von Kriminalität, Demagogie und Verunglimpfung zu verzichten." (- Eine wirklich gute Empfehlung, deren Einhaltung man gerade der SPD-Kreistagsfraktion-aber nicht nur der - wärmstens ans Herz legen möchte!)

So einfach ist das also! Rechtsstaatliche Maßnahmen wie die Verwendung der Chemischen Keule, das Fällen von Bäumen, auf denen Menschen sitzen, Prügel, Fußtritte, der Bau von Befestigungsanlagen und potentieller Harrisburgs und Super-Harrisburgs (sprich: WAA) - all das ist o.k. und hat mit Gewalt nichts zu tun, darum sollen die, die was dagegen haben, sich bitteschön auch ganz friedlich verhalten und sich schleunigst distanzieren von allen kriminellen Verkehrsbehinderern, Baumbesetzern, usw.! Das ist ja alles nichts Neues, und es ist klar, daß einige Leute sowas glauben müssen, damit ihr Weltbild nicht aus den Fugen gerät. Was soll so eine arme SPD-Kreistagsfraktion auch tun, wo doch all die Supercracks in dem Verein unsern "Freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat" und zugleich das "Atomkraft - ja unbedingt"-Establishment geradezu verkörpern!? Es besteht glücklicherweise keine Veranlassung, sich diesem verkorksten Weltbild anzuschließen und dem moralisierend erhobenen Zeigefinger auf den Leim zu gehen, der uns den Weg in die Spaltung weist.

Lied vom Lebensvogel (frei nach Sprachrhythmus)



1. Da, wo die Elbe rauskommt aus dem Zaun, der unter Strom steht und schießt;



Da, wo die Elbe 'n Zaun lang durch die grüne Stille fließt;

Wo hinterm Deich der Wald liegt; auf Wiesen stehn ein paar Kühe rum mit Milchgesicht; auch Vögel sind noch da; Der Wiedehopf, der Kranich und Familie Adebär;



Dort fahr ich hin und bin doch kein Tourist.

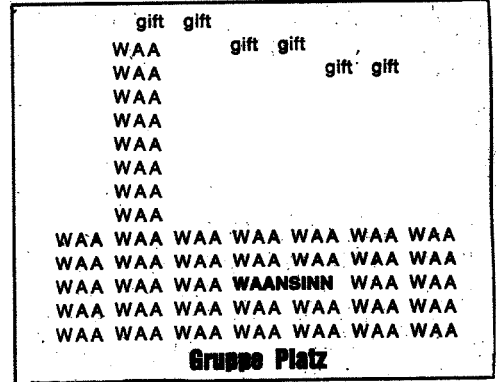
Ich bin auch nicht der erste, vor mir ist dort eine Bande zugereist, die auf die grüne Stille und die bunten Vögel schießt, Sehr feine Herren im Azug mit Computer-Blick, Für die ist alles Leben nur ein unbehauenes Stück, Aus dem man blanke Münze schlägt, Zerstörung bleibt zurück, Der Tod, der heutzutage 'Entsorgung' heißt.



So sing doch, Vogel, sing, daß Gorleben lebt,



Daß dort der Totengräber seine eigene Grube gräbt.



Störende Polizei

Ich möchte hier im Dorf Fahrradfahren. Und ständig kommt eine Reihe mit Polizei und BGS durch das Dorf. Ich werde gestört, wenn ich mit dem Klaus die Kühe hole und wir müssen warten. Ich finde es sehr schlimm, daß die Polizeiautos so vergiftet sind.

Dietlind Wiegand, (9 Jahre), Prentle



Poggendorfs Säuberungsaktion

Er ist schon sehr aufmerksam, der Herr Oberkreisdirektor Poggendorf. So ist es der ihm unterstellten Bauaufsicht des Landkreises Lüchow-Dannenberg nicht entgangen, daß, wie er sich in einem Bericht in der EJZ vom 19.9.79 ausdrückt, die Atomkraftgegner im Gartower Forst erneut ohne Baugenehmigung ein Blockhaus, einen Erdbunker und ein weiteres im Bau befindliches Gebäude errichtet haben. Da sag noch einer, unsere Beamten schlafen! Das besonders Verwerfliche dabei ist, daß die AKW-Gegner dies tun, obwohl durch vorliegende gerichtliche Entscheidungen bekannt ist, daß diese Bauten nicht nur baugenehmigungspflichtig, sondern ihre Errichtung im Waldgebiet unzulässig ist.

Die Abrißankündigung findet denn auch zwei Tage später in einem Leserbrief in der EJZ lebhaftes Echo: "Herr Poggendorf säubert den Gartower Forst! Bravo, Herr Poggendorf! Leider geht aus dem Artikel der EJZ vom 19. September nicht hervor, welche Bauwerke es genau sind, die nicht in die Landschaft passen und die Sie dann abreißen werden. Ich nehme an, Sie werden mit den größten und störendsten anfangen. Das sind meiner Kenntnis nach die links hinter dem Trafohäuschen an der Straße von Gedelitz nach Gorleben. Obwohl hierfür die Bezeichnung "Blockhütte" wohl etwas zu gering ausgefallen ist. Übrigens möchte ich Sie noch darauf hinweisen, daß dort ständig zwischen 50 und 500 Leute, die grün angezogen sind, herumturnen und die Natur stören. Schaffen Sie doch bitte Abhilfe. Vielen Dank, lieber Herr Poggendorf."

Eine deutliche Schlappe erlitten Kreisverwaltung und Lüneburger Bezirksregierung in Sachen Abrißverfügung des Spielplatzes auf dem BI-Gelände.

Am 4.10.79 sah sich der I. Senat des Oberverwaltungsgerichts Lüneburg veranlaßt, das Urteil des Verwaltungsgerichts Braunschweig aufzuheben. Der bereits mehrfach prämierte Spielplatz auf der Tre-rebeler Waldbrandfläche, Symbol für den Widerstand gegen die lebensbedrohenden Atomanlagen, wird also nicht abgerissen! Das Oberverwaltungsgericht als oberste Instanz ließ eine Revision gegen diesen Entscheid nicht zu.

Der mehrere Monate dauernde Kampf mit Gerichten, einstweiligen Anordnungen, Berufungen und Lokalterminen hat sich also gelohnt. Oder sollte dies Einlenken der Behörden etwa nur rein taktischer Natur sein, um das besonders im Landkreis Lüchow-Dannenberg arg lädierte Image vom ach so freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat etwas aufzupolieren?

Wie dem auch sei: gerade die Vorgänge um den von der Kreisverwaltung so vehement angestrebten Abriß des Spielplatzes haben den Lüchow-Dannenbergern gezeigt, wie weit es mit der viel gerühmten Objektivität der gewählten Interessenvertreter her ist. Ganz zu schweigen von der enormen Intelligenzleistung, von der die Begründung für die Abrißverfügung zeugt. Da paßt der Spielplatz, der sich mit seinen phantasievollen Bauten, Spielgeräten und bunten Stellwänden zusammen mit von



Spielplatz bleibt !!

GORLEBEN

der Platzgruppe gepflanzten Bäumchen wohlthuend von der öden abgebrannten Fläche abhebt, plötzlich nicht in die Landschaft. Ganz anders ist es da schon mit dem auf dem gleichen Gelände geplanten Spielplatz für die Herren der Atomindustrie; obgleich statt Holz Beton und Stahl, obgleich die mehr als 2000fache Fläche, obgleich alles zubetoniert und mit meterhohen Metall-Stacheldraht-Zäunen hermetisch abgeriegelt. Daß dieser gigantische Abenteuerspielplatz sich viel harmonischer in die Landschaft einfügen soll, blieb denn auch nur ein Gerücht, dem zahlreiche Bürger in Leserbriefen und Gesprächen entgegentraten. Fazit: Der Schuß ging nach hinten los, meine, Herren!

LESER SAGEN IHRE MEINUNG

Menschenverachtung

Viele meiner Generation gingen nach dem Krieg in eine Schule, die nach den Geschwistern Scholl benannt war: An jedem 20. Juli hörten wir uns Reden über heldenhaften Widerstand gegen die Unmenschlichkeit an. Reden, die, wie wir nach und nach feststellen mußten, leider fast immer geheuchelt waren. Eine der Grundlektionen aus meinem Englischbuch war die Geschichte von

Robin Hood, der gegen eine unrechtmäßige Obrigkeit kämpfte. Im Deutschunterricht lasen wir den Wilhelm Tell, erfuhren, wie er sich auflehnte und wehrte, hörten, daß Schiller selbst wegen seiner „Räuber“ eingelocht wurde. Die Ballade vom Andreas Hofer nicht zu vergessen. Auch nicht den „Michael Kohlhaas“! In Französisch kam Jeanne d'Arc, die „Jungfrau von Orléans“, dran mit ihrem Kampf gegen die damaligen Besatzer Frankreichs. Diese Liste ließe sich noch fortsetzen.

Gesetze, das wurde mir wie vielen anderen allmählich klar, waren stets relativ, immer unvollkommen — und häufig ungerecht.

Als die Polizei am Montag vergangener Woche auf dem geplanten Bohrplatz 1003 bei Gedelitz Bäume fällte, auf denen in 5, 6 Metern Höhe Menschen saßen, gefährdete dieses Vorgehen auf haarsträubende Weise Leben und Gesundheit jener Demonstranten; worin sich eine Mißachtung menschlichen Lebens von seiten dieses Staates zeigt, wie wir sie bisher vor allem von seinem kleinen, großen Bruder im Osten kennen. Hier enttarnte sich die Menschenverachtung, der Weßenskern des gesamten Atom-Programms!

Die Demonstranten hatten mit diesem letzten Mittel passiven Widerstandes gegen den Bau der Bohrlochfestung 1003 offenbar das Recht auf menschenwürdige Behandlung verwirklicht. Daß sie — ohne schriftliche Erlaubnis des Baueigentümers — die Klefeln erkletterten, somit auch noch Widerstand gegen die Staatsgewalt leistend, zeigt nicht, welch „kriminelle Energie“ in der Anti-Atom-Bewegung steckt, sondern daß es einige wenige Leute gibt, die die Geschichte von den Geschwistern Scholl anscheinend ernst nehmen! Es war seit jeher so: Wenn Gesetze die Menschen daran hinderten, wirklich menschlich zu sein, dann blieb ihnen nicht anderes übrig, als die Gesetze zu übertreten, damit die Zustände humaner werden konnten. Es ist keine vier Jahrzehnte her, daß Mitbürger von Polizisten aus ihren Wohnungen abgeholt wurden und — wie man es ausdrückt — verschwanden. Auch das geschah aufgrund von Gesetzen, Rasse-Gesetzen. Auch diese Polizisten galten damals als pflichtergebene und gesetzestreue Staatsdiener, und die, die sich gegen sie wehrten, waren „kriminell“!

Ideen, die sich nur mit Hilfe von Hundertschaften bewaffneter Uniformierter durchsetzen lassen, haben die Menschheit noch nie weitergebracht; sie warfen sie stets in ihrer Entwicklung zurück. Das zeigt nicht zuletzt die jüngere deutsche Geschichte. Gestern war es der Mythos vom „Volk ohne Raum“, der die

Aufrüstung gegen Außen rechtfertigte — heute ist es der Mythos vom „Volk ohne Energie“, der als Rechtfertigung für die Aufrüstung gegen Innen herhalten muß! Ich wünsche allen, die es immer noch nicht gemerkt haben, was hier mit uns gespielt wird, einen genauso langen und gesunden Schlaf wie beim letztenmal ...
Werner Götz, Nienwalde

Polizei und BGS vorn!

Im Landeswettbewerb „Kinderspielplätze“, der unter der Schirmherrschaft von Frau Dr. Ade Le Albrecht steht, fiel der 1. Preis in der Kategorie „lockere ländliche Wohngebiete“ an die jungen Sicherheitskräfte von Landespolizei und BGS im Landkreis Lüchow-Dannenberg. In der Begründung der Jury heißt es u. a.: „... mit beispiellosen Aktionen gelang es den heranwachsenden Uniformierten, einen abgelegenen Landstrich in einen lebensnahen „Abenteuerspielplatz“ zu verwandeln.“

Bürgerinitiative Umweltschutz
— Gruppe Platz —



Anzeige erstattet

Zum Leserbrief des Sprechers der Presse-Außenstelle der Bezirksregierung Lüneburg vom 21. September, Herrn Gert Neumann, zu meinem Fall nehme ich noch einmal Stellung. Ich erkläre aber gleichzeitig, daß dieses der letzte Leserbrief in meiner Sache sein wird. Im Gegensatz zu Herrn Neumann bin ich mit meiner Arbeit als Landwirt ausgelastet genug. Außerdem bin ich nicht weiter willens, mich mit den Verdrehungen und Unwahrheiten eines einseitig Stellungnehmenden, jegliche Objektivität vermissen lassenden Sprechers der Bezirksregierung auseinanderzusetzen. Die Bezirksregierung wäre gut beraten, einen geeigneteren Mann mit dieser Aufgabe zu betrauen.

Zur Sache selbst stelle ich noch einmal fest:

① Ich bin mit meinem Trecker am 25. 8. 1979 zufällig mit voll beladenem Heuwagen aus Pöhlitz kommend und in Richtung Gedelitz fahrend in eine Spontandemonstration geraten. Von meinem Trecker aus konnte ich genau beobachten, mit welcher Gewalt die Polizei (BGS) gegen die Demonstranten vorging.

② Die Polizei (BGS) hat mich, wahrscheinlich, weil ich gegen ihre harte Vorgehensweise protestierte, grundlos verhaftet, gefesselt und sechs Stunden festgehalten. Dadurch ist mir laut Gutachten des Versuchs- und Beratungsringes ein Schaden von beinahe 1000 DM entstanden, da das Heu verregnete.

③ Am 26. 8. 1979 habe ich in Gedelitz einen Brief an meine Mitbürger verfaßt und veröffentlicht, in dem ich den Überfall auf mich schilderte. Ich habe diesen Bericht keinem Reporter und auch keiner Zeitung außer der Elbe-Jeetzelt-Zeitung zugeschickt, weiß aber, daß dieser Brief öffentlich geworden ist und auch in einigen Zeitungen ohne mein Zutun abgedruckt worden ist.

Zu den Vorfällen vom 25. 8. 1979 bin ich lediglich am 7. 9. 1979, also ca. 14 Tage nach

dem Ereignis, von einem Stern-Reporter befragt worden. Ich habe keiner kommunistischen Zeitung gegenüber eine Schilderung der Ereignisse abgegeben. Daran ändern auch die ständig falschen Behauptungen des sogenannten Pressesprechers Neumann nichts.

④ Wenn Herr Neumann meint, ich würde meine Briefe nicht selber schreiben, so irrt er. Bei dem Niveau seiner Briefe möchte ich ihm aber raten, darüber nachzudenken, ob es nicht besser für ihn ist, seine Briefe von anderen schreiben zu lassen.

⑤ Wegen der Beleidigungen und Verleumdungen des Herrn Neumann habe ich inzwischen Anzeige erstattet. Nach Auskunft der Staatsanwaltschaft läuft gegen ihn nun ein Ermittlungsverfahren.

Karl-Heinz Schulz, Gedelitz

gruppe PLATZ

ATOM	ATOM	MOTA	MOTA
Ü	Ü	Ü	Ü
L	L	L	L
D	D	D	D
E	E	E	E
P	P	P	P
O	O	O	O
NIE			

Mein lieber Herr Neumann, wir danken für Ihren aufrechten Leserbrief in der EJZ vom 19. September. Aber warum verschweigen Sie unseren Mitbürgern die ganze Wahrheit? Denn wir sind mit unseren Gemeinheiten noch nicht am Ende! Wir spritzen uns nicht nur chemische Reizstoffe ins Gesicht, sondern stecken den Polizisten das gegenüber einer Pistole „relativ harmlose Abwehrmittel“ Chemische Keule an ihre Gürtel, womit es „unter Verschuß“ ist. Wir ziehen uns gegenseitig an Ohren, Haaren und verdrehten Armen hinter die Polizeikette. Wir treten die Fensterscheiben unserer Autos ein, schmeißen unsere Zündschlüssel weg, schieben unsere Autos in den Straßengraben und verprügeln uns mit schwarz angemalten Holzstöcken. Und das alles nur, um die Polizei diffamieren zu können. Wir stürzen uns sogar von Bäumen, die gerade abgesägt werden, um unsere Verletzungen der sensationsgierigen Presse als Folgen des „Polizeiterrors“ darstellen zu können. Soweit sind wir schon, lieber Herr Neumann!

Heiner Matthias, Prezelle

Da die Polizeikonvois für die Sicherheit der Transporte, wie letztlich gesehen, nicht ausreichen, möchte ich folgenden Verbesserungsvorschlag machen:

ACHTUNG AUSGANGSSPERRE

am 0. 9. 1979 in den Ortschaften

LÜCHOW	9.00 — 10.00	und 17.00 — 18.00 Uhr
LÜBBOW	9.15 — 10.15	und 17.15 — 18.15 Uhr
REBENSTORF	9.30 — 10.30	und 17.30 — 18.30 Uhr
DANGENSTORF	9.45 — 10.45	und 17.45 — 18.45 Uhr
SCHMARSAU	10.00 — 11.00	und 18.00 — 19.00 Uhr
PREZELLE	10.15 — 11.15	und 18.15 — 19.15 Uhr
GORLEBEN	10.30 — 11.30	und 18.30 — 19.30 Uhr

um einen störungsfreien Transport der Materialien für die NEZ-Bohrstelle 1003 zu gewährleisten.

In der angegebenen Zeit hat sich niemand auf öffentlichen Plätzen und Straßen aufzuhalten. Zuwiderhandlungen werden als Straftat verfolgt. Den Anweisungen der Sicherheitskräfte ist Folge zu leisten.

DER STANDORTKOMMANDANT

Ich stehe gern mit weiterem Rat und Tat zur Verfügung.

H. KOCH, Schmarsau

Rund um

Gorleben

Keine Terroristen

Jetzt weiß ich, wie einem zumute ist, wenn aus einem Schulps ein Paulus wird. Noch vor Jahren, als die Demonstrationen gegen das KKW Why! im Gange waren, habe ich — weit vom Schuß — auf die Demonstranten mitgeschimpft, weil ich medienbeeinflusst die Tragweite des ganzen Vorhabens nicht erkannte. Erstaunlicherweise gibt es im Kreis Lüchow-Dannenberg auch heute noch Menschen, denen es ebenso ergeht wie mir — damals. Es ist auch zu unbehaglich nachzudenken, wie sich eine Atommüll-Lagerung und unter Umständen ein AKW Langendorf auswirken können. Vielleicht ist es auch zuviel verlangt. Aber ist es auch zuviel verlangt, einmal Kontakt zu Atomenergiegegnern aufzunehmen,

um ihre Beweggründe kennenzulernen? Das habe ich — von vielen Bürgern belächelt — getan, und ich habe eine schier unglaubliche Feststellung gemacht: Die „Langhaarigen“ sind Menschen wie wir alle — nur mit dem Etikett

„nachdenklich, opferbereit und mutig“ versehen. Wer's nicht glaubt, sollte sich die Mühe machen, sie näher kennenzulernen. Ich will hier nicht hervorheben, daß vor ca. 14 Tagen ein Demonstrant auf mein Vorschlag, sich um der Sache willen die Haare zu kürzen, seinen Ausweis präsentierte, der ihn als einen Hamburger Apotheker auswies. Sein lakonischer Kommentar: Wenn ich in meiner Offizin im weißen Mantel kranke Menschen versorge, stören meine Haare und mein Bart niemanden, wieso

dann jetzt? Recht hatte er. Ich habe — weil ich vorurteillos Kontakt suchte — in der Zwischenzeit festgestellt, daß der überwiegende Teil unserer AKW- und Gorleben-Gegner durchaus keine Terroristen sind — auch wenn sie zielbewußt als solche abgestempelt werden sollen. Ich habe ihren Denkvorgang in mir erlebt und ich kann mir heute nicht mehr vorstellen, wie ein verantwortungsbewußter Mensch die Notwendigkeit der Kernenergie bejahen kann. Zum Glück sind die aktiven AKW-Gegner zu meist junge Menschen — und der Jugend gehört schließlich die Zukunft. Übrigens: Warum unsere etablierten Parteien den KKW-Maffiosi die Steigbügel halten, läßt sich leicht „ausrechnen“.

Wilhelm Schott, Dannenberg



SPD als Anti-Atompartei?

Verfolgte man in den letzten Wochen und Monaten die Nachrichten, so konnte man leicht den Eindruck gewinnen, unsere große Volkspartei SPD ist auf dem bestem Wege, sich zur Anti-Atom-Partei (AAP) zu mausern. Besonders Beschlüsse von SPD-Bezirks- und Landesparteitagen standen im Mittelpunkt der Berichterstattung.

Den Anfang machten die Bremer Sozialdemokraten. Noch unter dem Eindruck des Reaktorunglücks von Harrisburg sprachen sie sich Ende März/Anfang April auf ihrem Parteitag gegen das "Nukleare Entsorgungszentrum" sowie gegen AKWs aus.

Mitte Juni folgte der Landesparteitag der nordrhein-westfälischen SPD in Herne. Hier wurde u.a. beschlossen, weitere AKWs bei "Vorliegen eines Entsorgungskonzepts und strenger Sicherheitsauflagen" zuzulassen und ein Zwischenlager bei Ahaus einzurichten. Weder verstärkter Ausbau noch endgültiger Verzicht sei möglich - so der Tenor der Delegiertenversammlung. Diese Frage müsse offen bleiben. Und zur "Klärung" (dieser Frage) solle Nordrhein-Westfalen die Entwicklung des Hochtemperaturreaktors zur Gewinnung von Hitze für chemische Prozesse weiterreiben. Last not least - mit dem Bau des Schnellen Brütters soll es auch weitergehen, wenn der Untersuchungsbericht der Bundestagskommission über Sicherheitsfragen vorliegt (!!). Einen Monat später kam es dann zu dem "vielbeachteten" Landesparteitag von Baden-Württemberg in Fellbach, wo ein Stopp von Bau- und Betriebsgenehmigungen bis zum Jahre 1984 für das eigene Bundesland beschlossen wurde. Darüber hinaus wurde gefordert, eine Energiepolitik zu entwickeln, die einen langfristigen Verzicht der Atomenergie ermöglichen soll.

Anfang September wird der Vorstandsbeschluss der schleswig-holsteinischen SPD bekannt. In diesem gleichzeitigen Antrag für den Anfang Oktober stattfindenden Landesparteitag wird gefordert, auf neue AKW's zu verzichten, Betriebsgenehmigungen für im Bau befindliche AKWs nicht zu geben und parallel zur Entwicklung alternativer Energien die in Betrieb befindlichen AKWs allmählich stillzulegen.

Zurückhaltender gaben sich da schon Ende September die Delegierten des außerordentlichen Landesparteitages der bayerischen SPD in Schwabach. Sie forderten ein Moratorium bis Mitte der 80er Jahre bei gleichzeitiger Entwicklung alternativer Energien, weiterhin

- Betriebsgenehmigungen für im Bau befindliche AKWs nur, "wenn die Endlagerung des Atommülls als Teil der Entsorgung gesichert ist und wenn eine erneute Überprüfung keine Sicherheitsbedenken ergibt" und fordern
- für in Betrieb befindliche AKWs "neue und verschärfte Sicherheitsüberprüfungen" sowie
- keine weitere Förderung des Schnellen Brütters mit öffentlichen Mitteln.

Ende vergangenen Monats beschlossen noch drei weitere Bezirks- bzw. Landesparteitage ihre "Marschroute" in Sachen Atomenergie, wobei die bisher "weitgehendsten" Forderungen des außerordentlichen Hamburger SPD - Landesparteitages auffallen. Danach sollen keine weiteren Bau- und Betriebsgenehmigungen für AKWs erfolgen, die noch in Betrieb befindlichen AKWs "nach einer angemessenen Übergangszeit" stillgelegt, eine Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben und anderswo abgelehnt und der Atommüll "bis zu einem sicheren Endlagerungskonzept rückholbar gelagert werden". Die beiden anderen Parteitage der SPD Bezirke Südhessen und Hannover waren da schon recht bescheidener. Die Hessen forderten einen Verzicht auf neue AKWs ("bis sämtliche Sicherheits- und Entsorgungsfragen gelöst sind") und den Weiterbetrieb der zur Zeit arbeitenden Atomanlagen nur, wenn keine Sicherheitsbedenken vorliegen. Die Norddeutschen lehnten den Bau weiterer AKWs ab und befürworteten eine Inbetriebnahme der im Bau befindlichen AKWs nur bei Lösung des Entsorgungsproblems, wobei Zwischen- und Kompaktlager keine Lösung darstellen.

Betrachtet man diese Parteitagsbeschlüsse, so fallen zwei völlig verschiedene Ansätze - und Herangehens auf: Die einen, nämlich die Bremer, Schleswig-Holsteiner und die Hamburger, deren Stadt übrigens zu 40 % mit Atomstrom versorgt wird, fordern die Aufhebung des Atomenergieprogramms der Bundesregierung:

- Kein Bau weiterer Atomkraftwerke
- Kein Bau der Wiederaufbereitungsanlage
- Nach und nach Abschaltung aller laufenden AKWs

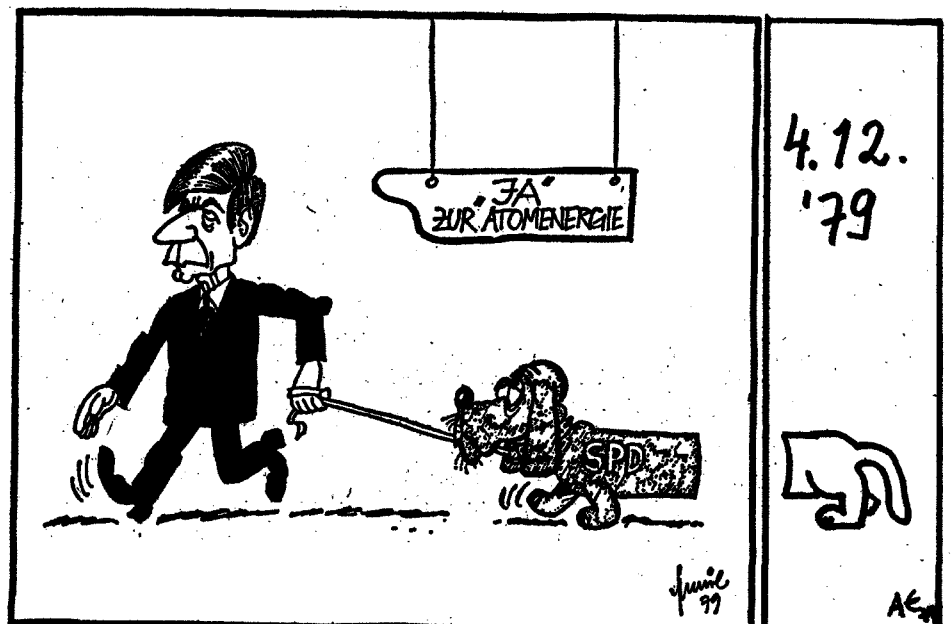
Die anderen befassen sich mit der Frage, unter welchen Bedingungen man Bau und Inbetriebnahme weiterer AKWs zulassen kann.

Dabei unterscheiden sich die Beschlüsse durchaus in der Schärfe der geforderten Bedingungen. Aber auf welch gefährliches Pflaster sich diese SPDler begeben, zeigen beispielsweise die Schachzüge um einen Leitantrag zur Nuklear-Politik für den Bundesparteitag im Dezember. Von Seiten der Bundesregierung wurden durch Ehmke und Hauff auf der ersten Sitzung zur Festlegung einer gemeinsamen Linie Bedingungen für Baugenehmigungen vorgeschlagen, die zu dem damaligen Zeitpunkt unerfüllbar schienen.

Atomkraftwerke sollten gebaut werden dürfen,

- wenn die erste Teilerrichtungs-genehmigung für ein integriertes Entsorgungszentrum erteilt sei, oder
- wenn die Entsorgung durch Auslandsverträge gesichert sei, oder
- wenn Bund und Länder ein gemeinsames Entsorgungskonzept ausgearbeitet hätten.

Daß die dritte Möglichkeit schon 5 Tage später erfüllt sein würde, war dem Vertreter des Epllerschen Moratoriums-Kompromisses, Herrn Oberhorst, natürlich nicht klar. Er stellte lediglich fest, daß das Ehmke-Hauff-Papier, genau wie sein Vorschlag, zum gegenwärtigen Zeitpunkt auf einen Baustopp hinausläuft. Ehmke bestätigte selbstverständlich. Ihm ging es ja nur um eine Einigung auf dem Papier, der ja nun eigentlich auch nichts mehr im Wege gestanden hätte.



Das Atomprogramm wackelt

Einige Gedanken zur augenblicklichen Situation

In den letzten Monaten sind so viele Dinge passiert, ein solches Auf und Ab von kämpferischen Elan und Ohnmacht und Resignation gewesen, daß es an der Zeit ist, einmal alles Revue passieren zu lassen und zu versuchen, die wichtigsten Ereignisse und Diskussionen einzuordnen. Einen grundsätzlichen Artikel dazu konnten wir für diesen Atomexpress nicht erstellen und diskutieren, obwohl es dringend nötig gewesen wäre. Dieser Artikel drückt daher meine ganz persönlichen Eindrücke aus. Beginnen will ich mit der Bundeskonferenz in Göttingen, 5 Wochen nach dem großen Treck der Bauern nach Hannover. Am 5. und 6. Mai in Göttingen und im Grunde genommen auch schon in den Wochen zuvor, begann die Bonn-Gorleben-Diskussion; es weiß wohl jeder, was damit gemeint ist. Soweit ich das beurteilen kann, ist die Frage der Groß-Demo in Bonn in allen Bürgerinitiativen, die nicht von vornherein in eine bestimmte Richtung festgelegt waren, ganz intensiv, hitzig und kontrovers geführt worden. Befürworter und Gegner der Bonn-Demo gab es in allen Gruppen und Richtungen. Im nachhinein meine ich, daß viele dieser Diskussionen nötig waren und uns auch weiter gebracht haben, die Diskussionen, ob es grundsätzlich falsch ist, in Bonn gegen die Bundesregierung und ihr Atomprogramm zu demonstrieren oder nicht. Ein Großteil der Bonn-Diskussion hat uns jedoch viel Zeit und Kraft gekostet und uns gelähmt. Und daß das so ist, ist in erster Linie unsere eigene Schuld. Die Beschlüsse, die wir auf der Bundeskonferenz in Göttingen gefällt haben (Verknüpfung Großdemo Bonn-Gorleben), in viel zu kurzer Zeit, haben sich als völlig unbrauchbar und unausgegoren herausgestellt, sie haben von Anfang an nur Unklarheit geschaffen.

Forts. von Seite 21

SPD als Anti-Atom-Partei?

Die Feststellung, daß etwas nicht stimmen kann, wenn jemand Baustopp meint, sich aber weigert Baustopp zu sagen, ließ Oberhorst jedoch vorsichtig werden, und ohne eigentlich zu wissen warum, mußte er das Ehmke - Hauff - Papier ablehnen. Ob solch ein dumpfes Gefühl immer zur richtigen Zeit entsteht, ist sehr fraglich, und mit einem dumpfen Gefühl auf einem Bundesparteitag zu argumentieren ist sicherlich unmöglich. Wenn man sich einmal auf die Frage um Bedingungen für den Weiterbau von Atomanlagen eingelassen hat, darf man sich nicht wundern, wenn einem Bedingungen schmackhaft gemacht werden und akzeptierbar scheinen, deren Erfüllung bereits auf höherer Ebene ausgekündigt wurde. Jedenfalls steht nach der V. Vorstandssitzung der SPD vom Donnerstag d. d. 4.10.79, wo mit großer Mehrheit der Regierungsantrag bestätigt wurde, fest, daß der Parteivorstand koste es, was es wolle, an seinem Konzept festhält und dies mit allen Tricks versucht. Bisher hat der Parteivorstand es immer geschafft auf Bundesparteitagen seine Vorstellung durchzusetzen. Wie weit es diesmal verteilt wird, hängt davon ab, wie weit die Basis in der Lage ist, die Täuschungsmanöver zurückzuweisen. Nur eine konsequente Haltung, wie Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein sie beschlossen haben, kann dies wirklich absichern.

Die Bonn Demonstration findet nun statt just in dem Moment, wo die ersten Atom-express dieser Nummer unter die Leute gebracht werden. Aber eines ist jetzt schon sicher: Die Bonn Demonstration findet nicht so statt, wie sie ursprünglich von den meisten geplant gewesen ist, ihre politische Kraft wird nicht so groß sein, wie sie hätte sein können. Daraus sollten wir für zukünftige Aktionen Konsequenzen ziehen. Wir müssen uns die Zeit nehmen, die Widersprüche und unterschiedlichen Einschätzungen so weit es geht auszudiskutieren. Abstimmungen können diese Diskussion nicht ersetzen.

Parallel zur leidigen Bonn-Diskussion überlegten wir auf vielen "Trebeler Treffen", was wir gegen die Tiefbohrungen

machen können. Eigentlich ist auf diesen Treffen nicht viel konkretes heraus gekommen, aber sie waren dennoch sehr wichtig. Erfahrungen wurden ausgetauscht wo sind Bohrlöcher, wie kann man sie unbrauchbar machen, wie ist die Stimmung im Landkreis. Die Leute, die zu den Tiefbohrungen was machen wollten, haben sich auf den Trebeler Treffen zusammengefunden und kennengelernt und das war ganz wichtig, das hat sich bei den Blockaden gezeigt, wo jeder wußte, wer neben einem steht. Und wer nicht.

In Gorleben hat sich bei einigen Organisationen, die oft das große Wort führen und die meinen, sie würden die Bewegung repräsentieren, die Spreu vom Weizen getrennt. Das gilt z.B. für den KBW, den ohnehin keiner mehr ernst nimmt, auch die Bauern nicht, und das gilt auch für den BBU, über den es manche Anekdote zu erzählen gäbe, von einem, der 700 km gefahren ist, mit dem festen Ziel, sich verhaften zu lassen, und es dann doch nicht geschafft hat und von einem, der die Presseerklärung schon fertig hatte, bevor die Aktion überhaupt anfing. Es war schon eine traurige Vorstellung des BBU im Landkreis, der Vorwurf, vor allem von Einheimischen geäußert, es handele sich hier um einen "Papiertiger", kommt nicht von ungefähr.

Mit dem Beginn der Tiefbohrungen sind zum ersten Mal in Gorleben die unterschiedlichen Aktionsvorstellungen der verschiedenen Gruppen aufeinandergeprallt. Und sie haben sich in einem Punkt vereinigt, nämlich bei den Blockaden, die eine neue Qualität von Aktionen darstellen. Mit diesen Blockaden konnten wir sowohl die Bautätigkeit behindern, als auch Öffentlichkeit mobilisieren und politischen Druck ausüben. Die Blockade-Woche gegen die Tiefbohrungen hätte allerdings noch wirkungsvoller sein können, wenn wir mehr gewesen wären aus dem Landkreis und von außerhalb.

Daß das nicht der Fall war, hat Gründe. Ein wichtiger Grund ist meinesherachtens daß wir in Bezug auf die Tiefbohrungen und auch ganz allgemein, die politische Vorarbeit, die inhaltliche Arbeit, sträflich vernachlässigt haben. Gerade angesichts der Tatsache, daß die Albrecht-entscheidung gegen die WAA die Stimmung im Landkreis "befriedet" hat, hätten wir mit der inhaltlichen Arbeit, was bedeuten die Tiefbohrungen, welche Auswirkungen hat die Atomüll-Endlagerung usw., wieder ganz von vorne beginnen müssen. Wir laufen Gefahr, den Fehler zu machen, zu glauben, die Leute wüßten sowieso längst, was es mit der Atomenergie auf sich hat, und es ginge in erster Linie nur um Aktionen.

Nach der großen "Einigung" in Bonn, wo auch die Bundesregierung die WAA Gorleben gestrichen hat, werden die Bedingungen für praktischen Widerstand in Gorleben noch schwieriger werden. Wenn wir also weitere Blockaden diskutieren und vorbereiten, sollten wir daran denken, daß noch mehr dazu gehört, als die Aktion als solche zu diskutieren und die technischen Bedingungen zu klären. Es gehört auch dazu, die Aktion zu begründen und zu vermitteln - vorher, bei der Aktion und danach.

Durch die "Entscheidung", die Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben nicht zu bauen, hat sich insgesamt viel geändert. Mit der WAA-Gorleben steht und fällt nicht mehr das gesamte Atomprogramm. Zu einem Teil ist es allerdings mit dem Verzicht auf die WAA in Gorleben gefallen. Schmidt, Albrecht, Lambsdorf, die KWU und Siemens, kurz die ganze Atommafia, hat schwer Federn lassen müssen. Ihre ursprünglichen Pläne und Zeitvorstellungen sind mittlerweile reine Utopie geworden. Die Reaktorindustrie muß um ihre Existenz bangen, bessere Zeiten für mehr Inlands- und Auslandsaufträge sind nicht in Sicht. Von der Schnellen Brüter Linie redet schon gar keiner mehr. Und Wiederaufbereitung im großtechnischen Maßstab wird es in absehbarer Zeit in Deutschland nicht geben. Die Bedingungen, anderswo, als in Gorleben, eine WAA durchzusetzen, sind so schlecht, daß es zur Zeit kein Politiker wagen wird, einen anderen Standort ins Gespräch zu bringen. Dort wäre nämlich sofort der Bär los.

Selbst die geplanten Zwischen- und Kompaktlager, mit der die Entsorgungsdurstrecke überwunden werden soll, stoßen auf unerwarteten Widerstand. In Ahaus stehen die Bauern auf und machen Rabbatz und die BI kriegt bei den Kommunalwahlen auf Anhieb 25,5%, weit mehr, als die GLU in Gorleben.

Gegen die geplante Kompaktlagerung im Atomkraftwerk Isar bei Ohu liegen 4800 Einsprüche aus der Bevölkerung vor, in Graenrheinfeld bei Schweinfurt sind es gar 7750. Und das, obwohl die Frage der Kompaktlagerung in der breiten Öffentlichkeit kaum diskutiert worden ist. Die Betreiber stoßen im Moment bei allen Projekten auf zunehmenden Widerstand, vor allem, was die ganze Entsorgungsproblematik angeht.

Die Voraussetzungen für konsequenten und praktischen Widerstand gegen das Atomprogramm, gegen Ahaus und gegen Brokdorf sind günstig. Wichtige Pfeiler des Atomprogramms sind am wackeln.

Das sollten wir über manchen Frust. z.B. darüber, daß der Widerstand in Gorleben sehr schwierig geworden ist, nicht vergessen.

Die Bauplätze müssen wieder zur Wiese werden!

Brokdorf-Prozess:

Nach fünf Verhandlungstagen in Schleswig ist die Verhandlung ausgesetzt und auf Ende November vertagt worden. Das Gericht sah sich außerstande, in nur 5 Tagen über die Aufhebung des im Dezember 1976 verhängten Baustops zu befinden. Ein ausführlicher Bericht über den Brokdorf-Prozeß kommt im nächsten Atom Express.

Frauen besonders aktiv

Stockholm. In 90 Dörfern und Städten Schwedens demonstrierten am 26. August mehr als 50.000 Menschen gegen die Atomenergie. Mindestens 90% von ihnen waren Frauen. Die Demos waren Teil einer Reihe von Aktionen, durch die die Bevölkerung im Hinblick auf das Referendum im Frühjahr 1980 für die Atom-Problematik sensibilisiert werden soll. Jüngste Umfragen in Schweden haben ergeben, daß nach der Harrisburg-Katastrophe 63% der Frauen, jedoch nur 36% der Männer gegen Atomkraft sind.

Lagerbecken gebrochen

Gallup. Durch einen Riß im Lagerbecken für radioaktive Rückstände aus dem Uranabbau liefen am 16. Juli 400 Millionen m³ radioaktives Wasser samt 1100 Tonnen verstrahlten Drecks in den Rio Puerco Fluß bei Churchrock, New Mexico. Der Fluß, der durch die Stadt Gallup und dann nach Arizona fließt, wies nach dem Unfall eine Konzentration von 100.000 picocurie Alphastrahlung auf. Als trinkwassertolerant gilt eine Konzentration von 15 picocurie.

AKW-Gegner ermordet

Houston. Der Journalist und aktive AKW-Gegner Michael Eakin wurde am 14. April erschossen. Kurz zuvor hatte er seine Recherchen über fehlerhafte Inspektionen am AKW Glen Rose abgeschlossen. Daß die texanischen Atomgegner hier nicht zu Unrecht Zusammenhänge vermuten, zeigt eine Serie von Schlägereien, aufgeschnittenen Reifen, kaputtgefahrenen Autos und Überfällen auf Häuser von Umweltschützern unmittelbar nach dem Mord.

Protest gegen AKW Mecklar

Bad Hersfeld. Innerhalb einer Woche wurden in Bad Hersfeld und Umgebung über 800 Unterschriften gegen ein mögliches AKW in Mecklar gesammelt. Mecklar ist einer der in Frage kommenden Standorte für zukünftige Atomkraftwerke in Hessen.

Berichtigung

Bremen. Die Studie "Verstromungskosten von Brennstoffen in Leichtwasserreaktoren" kostet nicht, wie im letzten Atom-Express angegeben, 20.- DM, sondern nur 12 Mark. Sie ist nach wie vor über J. Franke, Bremen, PschA Hamburg 408722-200 zu beziehen.

Zweite Anti-Nuclear-Power-Show

Wexford. Irlands Anti-AKW-Bewegung ist weiter im Vormarsch. Über 20.000 Leute kamen zum zweiten Anti-Atom-Festival nach Carnsore Point, dem vorgesehenen Standort für das erste irische AKW. Vom 17. bis 19. August war der Teufel los - Ausstellungen, Work-Shops, viel Musik. Höhepunkt war die Demonstration am Sonntag, bei deren Abschluß viele tausend Luftballons in den Himmel stiegen - als Vorboten späterer Radioaktivität (hoffentlich nicht). Auf der Kundgebung sprachen Vertreter von westdeutschen, spanischen und US-amerikanischen Bürgerinitiativen über den Widerstand in ihren Ländern.



Mit Hunden und Chemischer Keule

Oldenburg. Um gegen den Tiefbohrbeginn zu protestieren, besetzten am 14.9. 120 AKW-Gegner die Bahnschienen in der Nähe des Oldenburger Hauptbahnhofs. 20 Minuten vor Ablauf der vorher auf eine Stunde festgesetzten (und auch angekündigten!) Aktion griff die Polizei mit unverhältnismäßiger Härte ein. Mehrere Demonstranten wurden durch Schlagstöcke, Hundebisse und Chemical Mace verletzt, 25 Leute wurden festgenommen und bis in den späten Abend hinein auf der Wache verhört und erkennungsdienstlich behandelt.



DBE - raus aus Peinel

Peine. Auch außerhalb des Landkreises Lüchow-Dannenberg werden mehr und mehr Tatsachen geschaffen, die verdeutlichen, daß Gorleben schon längst als Standort für WAA und Endlager feststeht. Jüngstes Beispiel: Peine. Hier hat sich seit dem 1. Oktober ein neues Bundesunternehmen niedergelassen, die Deutsche Gesellschaft zur Planung, zum Bau und Betrieb von Endlagern für Abfallstoffe mbH - DBE. Ihre Aufgabe ist zunächst die Erarbeitung von Konzeptionen für die Endlagerung radioaktiven Mülls; später auch für die Wiederaufbereitung!!! Einwände, daß sich Albrecht doch gegen eine WAA in Gorleben ausgesprochen hätte, wischte Staatssekretär Haehser vom Bundesfinanzministerium gegenüber der "Peiner Allgemeinen Zeitung" vom Tisch: die Entscheidung der Landesregierung sei nicht "allzeit aufrechtzuerhalten." Das letzte Wort sei hier "noch nicht gesprochen." Recht hat er.

Umweltschutz aus dem Untergrund

Rio de Janeiro. Trotz schwierigster Bedingungen (Zensur, Repression, Folter) beginnt sich eine Anti-AKW-Opposition auch in Südamerika zu organisieren. Hauptaufgabe der RESISTENCIA ECOLÓGICA, die die illegal arbeitenden Umweltschutzgruppen von Argentinien bis Uruguay vertritt, ist vor allem der Kampf gegen den hauptsächlich von Alt-Nazis fabrizierten deutsch-brasilianischen Atom-Vertrag und das Schwerwasser-Reaktor-Programm in Argentinien, an dessen Aufbau Südafrika maßgeblich beteiligt ist. R.E. hat über die Machenschaften der internationalen, faschistischen Atom-Mafia Dokumentationen in vier Sprachen (portugiesisch, englisch, französisch, deutsch) erstellt, die über die Kontaktadresse der Organisation für 6.- DM bestellt werden können.

Otto Buchsbaum
Caixa Postal 12.263
20.000 Rio de Janeiro
RJ Brasilien

Nur noch Schrott

Überall. Die Meldungen über Unfälle und Störfälle in amerikanischen und westeuropäischen AKW's haben sich in den letzten Wochen und Monaten derartig gehäuft, daß eine Auflistung einen halben Atom-Express in Anspruch nehmen würde. Das einzig richtige: alle stilllegen!

AKW-Bau bei Mannesmann

Stockholm. Einen großen Skandal hat es jetzt beim Bau eines schwedischen AKW gegeben. Zufällig beobachtete ein Beamter der Bauüberwachungsbehörde, wie Arbeiter an Rohren des Primärkreislaufes Bolzen abgesägt haben, die der Aufhängung der Rohre dienten. Daraufhin kam heraus, daß die Baufirma, die zur deutschen Mannesmann-Gruppe gehört, die Anweisung gegeben hatte, überstehende Bolzen immer dann abzusägen, wenn sie - z.B. bei Wanddurchbrüchen - im Wege waren. Schätzungen ergaben, daß hunderte von Bolzen dem "Platzmangel" zum Opfer fielen.

Den Arbeitern waren noch weitere Sicherheitsmängel bekannt, sie hatten jedoch aus Angst um ihren Arbeitsplatz bis kurz vor Fertigstellung des AKWs geschwiegen. Die Inbetriebnahme des verstümmelten AKWs wollen die Arbeiter jetzt verhindern.

Strommasten leben gefährlich

Malville. In der Nacht zum 8. September sprengten Atomgegner in der Nähe des im Bau weit fortgeschrittenen Schnellen Brütters "Super Phenix" eine Hochspannungslleitung. Eine Gruppe mit dem klangvollen Namen "Gegner von Malville" übernahm die Verantwortung für die Aktion.

Spanische Bürgermeister nicht zu stoppen

Villanueva. Mit ihren Bürgermeistern an der Spitze sind am 1.9. 15.000 Menschen durch die Straßen von Villanueva/Südwestspanien, um gegen den Bau eines AKW in ihrer Region zu protestieren. Eine Woche vorher hatten die 128 Bürgermeister die Stadthalle von Villanueva für fünf Tage besetzt gehalten.

Kein AKW in Torness!

Edinburgh. Gegen das geplante Atomkraftwerk Torness und den Uranbergbau auf den Orkney-Inseln demonstrierten am 15. September 7.000 Menschen in Edinburgh. 45 Gruppen hatten die Aktion vorbereitet. Als nächsten Schritt planen sie eine erneute Bauplatzbesetzung in Torness.

Rechtshilfe Philippsburg

Philippsburg. Gegen die Teilerrichtungs-genehmigungen für Block I (900 MW-Siedewasserreaktor) und Block II (1300 MW-Druckwasserreaktor) des AKW Philippsburg haben sieben betroffene Bürger - unterstützt von der "Aktionsgemeinschaft Umweltschutz Südpfalz" - Klage erhoben. Die Prozesse belasten die Kläger finanziell sehr stark. Spendenkonto: PschA Ludwigshafen, Konto 3838-676, BLZ 54510067, Stichwort "Rechtshilfe Philippsburg". Am Donnerstag, den 18.10., läuft im 3. Programm des Südwestfunks ab 21.45 Uhr ein Film über den Widerstand gegen Philippsburg!

Baustop war teuer

Grohnde. 400 Millionen Mark hat nach Angaben von Kraftwerksprechern der Baustop des AKW Grohnde gekostet. Seit Ende März wird wieder gebaut. Die Sprecher hoffen, daß der Reaktor Ende 1983 anlaufen kann. Bis dahin (?) werden rund zweieinhalb Milliarden Mark verbaut sein.

Uranabbau

Eine Menge Material liegt uns inzwischen zum Uranabbau in Australien, Kanada und Mexiko vor. Hierzu und zur damit zusammenhängenden Problematik der Vertreibung von Indianern und Eingeborenen in Australien werden wir im nächsten Atom-Express einen längeren Artikel schreiben.

Neue BI im Emsland

Nordhorn. Seit dem 26.9. gibt es die Grafschafter Bürgerinitiative Umweltschutz (GBU). Über 60 Leute traten der BI auf der Gründungsversammlung spontan bei. Zu tun gibt's genug; soll doch das Emsland zur bundesdeutschen Atomprovinz ausgebaut werden (vgl. AE Nr. 14). Geplant sind u.a.

- 2 1300MW-Reaktoren in Lingen
- 2 1300MW-Reaktoren in Meppen
- die Brennelementefabrik in Lingen
- die Urananreicherungsanlage in Gronau
- das Zwischenlager in Ahaus
- ein 70 Mio m³ fassender Speichersee bei Meppen.

Kontaktadresse der GBU:
Georg Dreesmann, Am Werkshorn 7,
4443 Schüttorf.

Anzeigen/Leserbriefe

Eine Vielzahl von neuen Büchern, Zeitungen, Broschüren, Filmen usw. ist in den letzten Monaten erschienen. Aus verschiedenen Gründen haben wir es nicht geschafft (siehe "in eigener Sache"), für diese Nummer eine Anzeigenseite zusammenzustellen. Tut uns leid, wir holen das im nächsten Atom Express nach. Dasselbe gilt für Leserbriefe, die sich gleichfalls den Sommer über angehäuft haben.



Für alle Anti-AKW-Musik- und Theaterschaffenden

Falls Ihr es noch nicht erfahren habt, es hat ein Treffen stattgefunden! Anfang Juli in Braunschweig. 13 Gruppen und Einzelakteure haben zusammengespielt und Erfahrungen ausgetauscht - die liebe "Grühl-Gruppe" erstellte über dieses denkwürdige Geschehen eine Arbeitsmappe, die Ihr bei Gerd Meier, Altstadttring 21, 33 Braunschweig bestellen könnt. (Ein ausführlicher Bericht übers Treffen ist in diesem Atomexpress wegen Platzmangel nicht möglich!) Da sich dieses erste Treffen als eine schöne, wichtige und sinnvolle Sache herausgestellt hat, wir 13 uns alle wiedersehen wollen und neugierig sind, was sich sonst noch alles musikalisch und theatralisch gegen AKWs äußert, haben wir das nächste Treffen schon in Angriff genommen. Es soll voraussichtlich Mitte November auf alle Fälle in Gießen stattfinden. Kontaktadresse hierfür ist: Franz Macijewski, Bahnhofstr. 71, 63 Gießen, Tel.: 0641-75227. Und noch ein Hinweis: es soll ein Arbeitstreffen werden, wir wollen nicht nur labern, sondern uns gegenseitig vorspielen, zusammen improvisieren, uns eventuell in kleinen Workshops Techniken und Ausdrucksmöglichkeiten vermitteln und an bestimmten Themen diskutieren. Für abgehardete Akteure bietet sich eventuell die Möglichkeit eines Straßenauftritts. (Und gerade habe ich erfahren: die nächste Kulturseite kommt bestimmt!)



Die Theatergruppe einer Hamburger Bürgerinitiative dokumentiert ihre antiatomaren Umtriebe auf dem Straßenpflaster und regt euch alle auf! Erhältlich zum Vorzeigpreis von 2,- bei der BUU, Fruchthallee 9, 2000 Hamburg 19.

Weniger ist mehr - "Die sanfte Alternative"

Am 2.10.79 führte Dipl. Chem. Hanswerner Mackwitz vom Institut für Umweltwissen-schaften und Naturschutz aus Wien seine Multivisionsshow in Göttingen vor. Unter dem Thema "Die sanfte Alternative" sahen wir 75 Minuten lang wunderschöne Dias und beeindruckende Filmszenen, die uns über das breite Spektrum an Möglichkeiten in der alternativen Technologie informierte; Biogas, Windenergie und Sonnenenergie wurden vorgeführt und die Frage aufgeworfen: "Wer verhindert eigentlich den Sanften Weg?" oder "Wo liegt die gesellschaftliche Bedeutung dieses Konzepts?" Anhand vieler konkreter Beispiele aus der Praxis wurden die Bedeutung und die Anwendung der wirklich "alternativen", d.h. der dezentralen, erneuerbaren und umweltschonenden Energiequellen aufgezeigt. Die sinnvolle Nutzung von Sonne, Wind, Wasser, Bioenergie und alle nur erdenklichen Kombinationen dieser Energiequellen, sowie die verschiedensten Sparmaßnahmen - die meisten zum Selbermachen- beweisen, daß die Sanfte Alternative zunehmend an Glaubwürdigkeit, Effizienz und sogar an Wirtschaftlichkeit gewinnt. Wer sich für diese Thematik interessiert, möge sich wenden an:

Institut für Umweltwissenschaften und Naturschutz der Österreichischen Akademie der Wissenschaften

Messepalast 14
A- 1070 Wien

Tel. 0043 222 93 64 78

Atom Müll-Transport

Im Rahmen eines bundesweiten Aktionstages im Oktober 1978 rollten Hamburger AKW-Gegner "Atom-Müll-Fässer" durch die Stadt. Mehrere Hundertschaften Polizei beschlagnahmten die Fässer und nahmen die Personalien von 67 Beteiligten auf. Gegen die "Atom-Müll-Transporteure" wurde ein Ordnungsverfahren eingeleitet, in dem ihnen vorgeworfen wird:

- durch das Rollen von Atom-Müll-Fässern auf den Gehwegen Verkehrsteilnehmer erheblich behindert und gefährdet zu haben
- in geschlossener Gruppe per Fahrrad auf der Fahrbahn gefahren zu sein
- eine Rädelführerin gehabt zu haben (erkennbar daran, daß sie ihr Fass nicht rausrücken wollte).

Im April versickte das Bauamt Hamburg-Mitte Gebührenbescheide wegen "Sondernutzung der öffentlichen Wegefläche durch Rollen und Aufstellen von Fässern" in Höhe von jeweils 20,- DM. Obwohl die AKW-Gegner Widerspruch eingelegt hatten, kamen jetzt Mahnungen in Höhe von 21,50 DM. Zunächst haben einige eine Gebühr von 21,49 DM gezahlt, um größere Schwierigkeiten zu vermeiden. Neben den Gebührenbescheiden bleiben die Ordnungswidrigkeitsverfahren bestehen. Wir fordern die sofortige Rücknahme aller Gebührenbescheide und eingeleiteten Verfahren!

Collection Laka foundation

www.laka.org
Digitized 2016